

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 46.

Sonnabend, den 17. November 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Geisvert** sind: **Baun:** Firma Zentner, Ruppertsdorf; **Granitwerk** Vornstein und Sitznahl, Drahtwerk bei Wurzbach. **Karlruhe:** Die Betriebe der Süddeutschen Marmor-, Granit- und Sandsteinwerke (früher Firma Gössel). **Mainz:** Bläse von Grünwald u. Pölsner, Gebrüder Wertens. **Neuenstein:** Firma Gebrüder. **Waldemann a. Harz:** Bruch Adlersberg der Firma Siegelheim. **Wannheim:** Firma Schmüller für Marmorarbeiter. **Kenzingen:** Bläse Diejenbacher.

**Reichenbach im Odenwald.** Der Direktor der Deutschen Steinindustrie, Aktiengesellschaft, kündigte sämtlichen Steinbauern, wegen Zugehörigkeit zum Deutschen Steinarbeiterverband, Arbeitsangebote für diese Firma sind zurückzuweisen.

## Schöne Fortschritte.

Ohne Leidenschaft wird in der Geschichte kein Stein vom andern gerückt! Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen ausgeführt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet.

Lassalle.

Eifrigt kommentieren die Scharfmacherblätter den gewaltigen Fortschritt der freien Organisationen, die ungeheure Mitgliederzunahme, das Anwachsen der Finanzen, den moralischen Einfluß in der gesamten Öffentlichkeit, mit einem Wort, das eminente Erstarken der als „sozialdemokratisch“ verschrienen Gewerkschaften läßt die Herren Kapitalisten nicht zur Ruhe kommen.

Die Arbeitgeberzeitung, in der der sattem bekannte Freiherr v. Reisswig das Kriegsgeheiß gegen die freien Gewerkschaften schwingt, stimmt in jeder Nummer ein Geflüster an, das sich die Unternehmungen im Punkte Organisationsfähigkeit und Opferwilligkeit doch die „berbesten“ Arbeiter zum Vorbild nehmen sollen. Und man darf doch den gewaltigen Fortschritt der Unternehmungsorganisationen nicht im geringsten verkennen, denn diese sind meist nur reine Kampfbereinigungen, also zu dem Zwecke gegründet, den Gewerkschaften den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Wenn deshalb die Arbeiter alles aufboten, besonders in den letzten drei Jahren, um das Meer der Organisierten immer mehr zu erhöhen, so wird das von jedem, der für die Arbeitersache ein warmes Herz und Empfinden hat, mit großer Befriedigung aufgenommen worden sein. Auch die Steinarbeiter können nun mit Freude konstatieren, daß ihr Verband in den letzten zwei Jahren äußerst gewaltige Fortschritte gemacht hat.

Die Mitgliederzahl in unserem Verbands betrug im 2. Quartal 1905 13 968 und im 2. Quartal 1906 20 298. Innerhalb eines Jahres wurden somit 6333 Mitglieder gewonnen, ein Erfolg, wie ihn die größten Optimisten innerhalb unserer eigenen Reihen nicht zu hoffen wagten. Wer hätte es für möglich gehalten, daß in zwei Jahren, wo allerdings die Agitation erfreulicherweise sehr intensiv betrieben wurde, geradezu eine Verdoppelung unserer Mitgliederzahlen zu erreichen sein würde. Es muß festgestellt werden, daß unsere Agitatoren, weiter diejenigen, die die stillen zeitraubenden Vorarbeiten in der Organisation und Agitation betrieben, alle ihre verfügbaren Kräfte dem Steinarbeiterverband widmeten.

Mit dem Wachsen der Mitgliederzahlen haben sich auch die Zahlstellen vermehrt, deren wir nicht weniger als 314 momentan aufzuweisen haben. Wir können ruhig sagen, daß in Deutschland kein Steinbruchdistrikt mehr existiert, wo nicht der Steinarbeiterverband Anhänger hätte. Die vor sechs Monaten angestellten fünf Gauleiter werden ihre ganzen Kräfte, ihr ganzes organisatorisches Geschick daran setzen, um die Quantität der Zahlstellen auch in qualitativer Hinsicht mehr zu befestigen und jede Zahlstelle zu einem festen Bollwerk gegen die Angriffe der Unternehmer zu machen. Jeder Praktiker weiß, daß bei einem so großen Mitgliederzuwachs, wie wir ihn in den letzten zwei Jahren aufzuweisen können, die innere Festigung der Mitglieder noch viel zu wünschen übrig läßt. Wir besitzen nun einmal keine Wünschelrute, um den Neugewonnenen in einem Zuge die ganzen Prinzipien der Gewerkschaftsbewegung schnellstens einzupflanzen zu können.

Wie in materieller Hinsicht die erstarkten Gewerkschaften segensreich gewirkt haben, zeigen die Errungenschaften vom Jahre 1905. Mit Hilfe der Gewerkschaften erreichten:

- 186 888 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von 3 1/2 Stunden pro Woche,
- 426 687 Arbeiter eine Lohnerhöhung von je 2 Mk. pro Woche,
- 107 478 Arbeiter einen Lohnzuschlag für Ueberstunden,
- 71 632 Arbeiter einen Lohnzuschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit,
- 18 331 Arbeiter eine Beseitigung oder Regelung der Affordarbeit bezw. Abwehr der Beseitigung der Lohnarbeit.

6123 Arbeiter eine Verbesserung bezw. die Abwehr einer Verschlechterung der Fabrik- oder Arbeitsordnung, 5386 Arbeiter wehrten Maßregelungen ab, in 1507 Fällen wurden für insgesamt 257 791 Arbeiter korporative Arbeitsverträge abgeschlossen.

Angeachtet dieser gewaltig imponierenden Erfolge brauchen wir unseren Kollegen nicht erst auseinanderzusetzen, was die Organisationen für ihre Mitglieder erreichen können.

Unsere Gewerkschaften haben im letzten Jahre aber nicht allein große wirtschaftliche Erfolge erzielt und damit die Widerstandsfähigkeit des Proletariats erheblich gefördert, sie haben in dieser Zeit auch ein großes Stück organisatorischer Arbeit geleistet.

Denn in dieser Zeit des lebhaftesten Klassenkampfes konnten die Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen von 1 116 723 steigern auf 1 429 303, also um 312 584 oder 28,2% eine Steigerung, die in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung ihresgleichen sucht. Hier wirkten die vorzüglichen gewerkschaftlichen Einrichtungen — das Unterrichts- und die systematische Agitation — die rege Kampfstätigkeit und die großen wirtschaftlichen Erfolge, nicht zuletzt auch die Aussperrungsaktionen der Scharfmacher förderlich auf die Mitgliederentwicklung der modernen Gewerkschaften. Durch die Aussperrungen wurden selbst die indifferentesten Arbeiter, die sich der Gewerkschaft bis dahin stets ferngehalten hatten, in diese förmlich mit Gewalt hineingetrieben. So erwies sich selbst das Scharfmachertum als jene Kraft, die stets das Böse will, aber den Arbeitern Gutes schafft.

Und die Gewerkschaften sind im letzten Jahre nicht nur nach außen gewachsen, sie sind auch nach innen gut ausgebaut worden. In den meisten Gewerkschaften ist im Jahre 1905, nicht zuletzt unter dem Einbruche der zur Zeit geführten Kämpfe, ein weiterer Ausbau des Unterrichts- und Agitationswesens vollzogen worden. Dadurch wurden die Gewerkschaftsmitglieder besser an ihre Organisation angelehnt und sie konnten in ihr zu tüchtigen Kämpfern erzogen werden, dadurch wurden aber die Gewerkschaften auch finanziell besser fundiert und zu einer großartigen Lohn- und Streikbewegung erst befähigt. So vereinbarten unsere Gewerkschaften im Jahre 1905 insgesamt 27 812 257 Mk. (gegen 20 190 630 Mk. im Jahre 1904), und sie verausgabten 25 024 234 Mk. (17 738 756 Mk.), und sie konnten trotz einer Ausgabe von 10 999 133 Mk. allein für Streiks doch ihren Kampffonds um etwa 3 1/2 Millionen, von 16 109 903 Mk. auf 19 635 850 Mk., erhöhen. Kürzlich sagte der bekannte Unternehmer-scharfmacher Bueck zu seinen Gefinnungsgenossen: „Meine Herren! Einen Juliussturm müssen wir bauen, wir müssen einen Sturm bauen, wo wir soviel Kapitalien festlegen, daß wir jeder Eventualität ruhig entgegensehen können.“

Dieser Satz kann auch ganz zutreffend auf die Finanzen der Arbeiterorganisationen übertragen werden. Die Anschauung, daß die erhöhten Mitgliedsbeiträge eine Mitgliederflucht bedingen würden, ist durch die Erfahrungen in den letzten Jahren glänzend widerlegt worden.

Die Entwicklung der Arbeiterorganisationen wurde allerdings sehr begünstigt durch die äußerst flotte Konjunktur. Aber wie lange wird es noch dauern? Das kann kein Mensch sagen. Der Apparat der privatkapitalistischen Produktion ist zu kompliziert geworden, das Wirtschaftsleben zu vielseitig und zu großartig, als daß es überhaupt noch nach dieser Richtung hin zu überblicken wäre. Darum ist es ungewiß, ob nicht schon die nächste Zeit schwere Geschäftskrisen bringen wird, oder ob die gegenwärtige Blüte noch einige Jahre anhält. Gewiß ist nur das eine, daß ein Umschwung kommt, früher oder später kommen muß.

Ein solcher Umschwung trifft die Arbeiter stets am schwersten. Seine erste Wirkung sind Arbeiterentlassungen. Aber dabei bleibt es nicht. Was das Kapital durch verminderte Beschäftigung an Profit nicht erhaschen kann, das sucht es durch größere Ausbeutung zu erringen. Jede Krise zeitigt Versuche des Unternehmertums, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Und diese Angriffe der Unternehmer abzuwehren ist dann äußerst schwer.

Wir haben in der letzten Nummer unseres Fachblattes erst gezeigt, in welcher frivolen Weise die abgeschlossenen Tarife von den Unternehmern gebrochen werden.

Kollegen, sind wir bemüht, die günstige Wirtschaftsprospérité noch auszunützen, tun wir alles in der Agitation, um die Zahl der Verbandsmitglieder bald auf 30 000 zu bringen.

Der natürliche Selbsterhaltungstrieb zwingt uns, alle Kräfte zu sammeln, um der Unternehmerklasse genügenden Widerstand leisten zu können. Denken wir an die Worte Lassalles, die er in seinem Arbeiterprogramm niedergelegt hat, die lauten:

„Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tiefstielliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesamten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten.“

## Tarifliches aus Schlesien.

Die Auslegung und Bezahlung des Tarifs in den schlesischen Sandsteindistrikten zu kennzeichnen und den übrigen Verbandsmitgliedern vorzuführen, beabsichtigen folgende Zeilen. Hervorragendes in der Auslegung des Tarifs zu ihren Gunsten wird von den in Betracht kommenden Vertretern der Firma Zeidler und Wimmel geleistet. Die Arbeiten werden alle im Afford ausgeführt, gleichviel ob der Steinmetz bei diesen den hier üblichen Stundenlohn verdient oder nicht. Werkstücke nach Vereinbarung, wie es in andern Orten vielfach vorkommt, ist hier selten. Seit zwei Jahren ist dies einmal eingetreten (Brüstungsplatten), da diese gebraucht wurden; den Kollegen war aufgegeben, tüchtig dranzugehen, sie kamen dabei auf 6—7 Mk. pro Tag. Arbeiten, an denen laut Tarif noch etwas verdient wird, sind immer eilig und die Steinmetzen arbeiten auch dem Wunsche der Firma entsprechend. Da ist es dann kein Wunder, wenn behauptet wird, der Verdienst sei ein hoher. So ist es erklärlich, daß von der andern Seite versucht wird, alle kleinen Vorteile, die man hier und da hat, den Kollegen streitig zu machen. Nur einige Punkte will ich hier hervorheben, die in diesem Jahre das Streitobjekt bildeten und jedesmal zur Arbeitseinstellung führten, weil die Firma, pochend auf ihren Geldbeutel, sich stets ablehnend bei Verhandlungen verhielt. In Bunzlau waren drei Arbeitseinstellungen zu verzeichnen. Die längste dauerte drei Tage. Bei mehrfach abgeschragten Flächen, erklärte die Firma resp. deren Vertreter, dreistufig sei nicht mehrfach abgeschragt, sondern nur dreistufig, — weil es sich hier um einen kleinen Vorteil handelte, nämlich daß man zwei Seiten nicht durchzubehalten braucht; so wurde versucht, die dritte schräge Seite abzuziehen. Die Arbeitseinstellung aus diesem Grunde dauerte zwei Tage und wurde unserm Wunsche gemäß erledigt. In einem weiteren Fall wurde versucht, den Tarif direkt zu durchbrechen und kennzeichnet dieser Vorgang so recht den Eigenartigen der Firma, indem diese zwei Kollegen den Lohn um je ca. 10 Mk. an einem Stück zu kürzen suchte. Die Arbeitseinstellung dauerte drei Tage, dann bequeme sich die Firma erst, nach Tarif zu bezahlen. Ein kürzlicher Fall war, indem bei Sparrenköpfen mit Kästen, wo die Konsolen 20 Zentimeter auseinander sind, das vordere Profil von 8 Gliedern nicht durchbezahlt werden sollte. Es würde wohl einzig in Deutschland dastehen, daß man den Steinmetzen auf 5 Zentimeter Profil abzieht, die praktische Arbeit ergibt es nicht anders, daß das Profil durchgemacht werden muß. Die Profile der Kastenlöcher werden nur einfach berechnet, wozu in allen andern Tarifen schon ein gewisser Prozentzuschlag erfolgt. Dem Herrn S. war die einfache Bezahlung ganz etwas neues, derartiges hatte er noch gar nicht gesehen. Die Kollegen liebten diese Werkstücke liegen. Bei der Unterhandlung erklärte die Firma, wer diese Werkstücke von jetzt ab nicht bearbeitet, bekommt keine Papiere und ist entlassen. Die Kollegen stürzte dieses aber nicht, sondern sie erklärten, die Stücke liegen zu lassen. Auch hier wurde durch einmütiges Zusammenhalten das Durchbezahlen des Profils durchgesetzt.

Einstweilen ist die Auslegung des Tarifs den Polieren zuzuschreiben. In früheren Jahren arbeiteten dieselben auf Lantienen und Prozente, wie man es nennt, um eine Weihnachtsgratifikation herauszuschlagen; ob sie jetzt noch auf Lantienen arbeiten, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Ausnutzung der Kollegen seitens der Firma kann nicht krafter gutage treten, wenn man sieht, daß Kollegen, die ca. 14 Jahre und noch länger bei derselben tätig waren und ihre Gesundheit dort opferten, dieselben Arbeiten fertig stellen müssen, wie die jungen kräftigen Steinmetzen. Jede andere Firma (?) nimmt mit solchen kranken Kollegen Rücksicht und bietet ihnen Arbeiten an, denen sie bei ihrer körperlichen Beschaffenheit auch gewachsen sind und bei denen sie einen entsprechenden Lohn noch verdienen können. Es gibt im Tagelohn leichtere Arbeiten, wobei jeder Kranke daselbst leisten kann, wie ein gesunder Kollege.

Jetzt kommt man, da der Winter naht, zu dem „Wintertarif“. Vor kurzer Zeit wurden die Unternehmer an ihr Versprechen, das sie uns vor einigen Jahren gaben, erinnert, nämlich an die Zurückgabe der 10 Prozent, die sie uns vor einigen Jahren abgezogen hatten. Die Unternehmer kamen dem ohne Widerstand nach. Aber jetzt kommt der „Wintertarif“, jetzt ist die Konjunktur vorbei, jetzt pfeift der Wind aus einer andern Ecke, wie folgendes zeigt:

**Bekanntmachung an unsere Arbeitnehmer.**  
Hierdurch kündigen wir die in diesem Herbst von den Steinmetzen und Brechern des hiesigen Bezirks erzwungen und von uns mit dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs bewilligten Lohnerhöhungen zum 1. Dezember 1906.

Von diesem Tage ab wird also wieder nach den bis 1. März 1907 gültigen Tarifen bezahlt. Gleichzeitig kündigen wir hiermit diese Tarife zum 1. März 1907. Wir erlauben die Arbeitnehmer um Bestätigung dieser Kündigung auf Grund der Bestimmung Nr. 50 des Steinmetzlohntarifs.

Ferner erjuchen wir die Arbeitnehmer, uns bis zum 20. November d. Js. Lohnkommissionen zu Verhandlungen über neue Lohnsätze namhaft zu machen, damit die Verhandlungen im Laufe des Dezembers stattfinden können.  
Bunzlau, den 10. November 1906.

-u.

## Taktik.

Die nachfolgenden Zeilen gingen uns aus der Schweiz von deutschen Kollegen zu. Da diese Kollegen, 16 an der Zahl, durch ihre Unterschrift für die Wahrheit des Inhalts eintreten, glauben wir das Eingekandte nicht zurückweisen zu können. Sache der schweizerischen Zentralkommission wird es sein, Aufklärung zu geben bezw. für Remedur zu sorgen.

Nach den bisher gemachten Erfahrungen wird die Zentralkommission in Zürich von vornherein jede Beschwerde im hiesigen Sachorgan zurückweisen. Die Unterzeichneten ersuchen deshalb nachfolgende Ausführungen im deutschen Steinarbeiter aufzunehmen.

Wer von den Kollegen wie wir schon jahrelang die verschiedenen Sachorgane der Steinarbeiter (Deutschland und Schweiz) gelesen und auch die Rubrik: Streiks und Sperren dabei nicht übergangen hat, wird die Beobachtung gemacht haben, daß die Schweiz mit ihren Sperren prozentual an der Spitze marschiert. Geht man nun diesen vielen Sperren auf den Grund, so muß jeder Kollege, der dieses unternommen und mit den schweizerischen Verhältnissen nur einigermaßen vertraut ist, konstatieren, daß hier von der schweizerischen Zentralkommission eine Taktik beobachtet wird, die nur zum Schaden der Organisation und zum persönlichen der fremden Kollegen führen muß.

In Luzern brach vor ca. 15 Wochen der Streik aus. Die Ledigen, aber auch die verheirateten Kollegen reisten ab. Als nun die betreffenden Kollegen nach Zürich kamen, konnten sie auf Grund der vom Baumeisterverband herausgegebenen schwarzen Listen keine Beschäftigung erhalten. Die Züricher Kollegen antworteten hierauf auf gewisse Veranlassung mit der Platzsperre für ganz Zürich und auf dem Fuße folgte St. Margarethen. Wir erkennen dieses als kollegial an. Geht man aber tiefer, wie diese Sperren gehandhabt werden, so wird die Meinung über diese Sperren eine andere werden. Ja, der Zweck, der damit erreicht werden soll, bleibt aus. Denn die Unternehmer, wenn nicht gerade große Aufträge vorliegen oder in Aussicht sind, scheuen sich den Teufel um die Sperren, wissen sie doch ganz genau, daß letztere nur für die fremden Kollegen bestimmt sind. Die am Ort befindlichen Kollegen, dieselben, die die Sperre verhängt haben, reisen von einem Platz zum andern und helfen so jedem Meister seine Arbeit fertig stellen und die Betreffenden verdienen dabei einen annehmlichen Lohn. Kommt ein Fremder, heißt es einfach, hier ist gesperrt und die Landstraße nimmt ihn wieder auf. Ist es aber ein guter Freund, der um Arbeit spricht, so erhält dieser von einem Vorstandsmitgliede einen Zettel, und mit diesem geht der gute Freund auf den ersten besten Platz und fängt an zu arbeiten. Der fremde Kollege auf der Landstraße kann dann Betrachtungen darüber anstellen, wie ein Kampfmittel zur Zurückweisung von Unternehmern sich herausstellen muß, so eine Art Wetternwirtschaft hochkommen zu lassen. Wenn Sperren auf solche Art und Weise gehandhabt werden, wird der Zweck ein anderer sein, beileibe keine Bestrafung unsrer Ausbeuter. In Zürich ist diese Sperrenspielerei resultatlos aufgehoben. Luzern ist nach 16 Wochen noch aussichtslos. Die verheirateten Kollegen müssen sich förmlich verbluten, statt daß endlich hier ein Ende des Aussichtslosen von der Zentralkommission gemacht wird.

Die Sperre in St. Margarethen ist durch die bereits gekennzeichnete Taktik gänzlich verfahren. Zu den dortigen Verbandsmeistern läuft wer mag. Statt nun die Sperre aufzuheben, bevor das Fiasko noch größer ist, wird ruhig weiter gesperrt. Dieses ist eine merkwürdige Taktik und wir deutschen Kollegen können, so sehr wir auch Disziplin gewöhnt sind, diese Strategie nicht gut heißen. Wir verlangen Aufklärung mit diesem System, Abschaffung dieser eigenen Züchtigungsstrafen. Jedenfalls wird die Zentralkommission in der Schweiz nunmehr die nötige Initiative ergreifen. Sollten noch weitere Beweise verlangt werden, so stehen noch andere zur Verfügung. Doch verstehe man uns nicht falsch, betrachte die ganze Angelegenheit nicht als Stärkerei, sondern das Wesen mit zweierlei Maß und die gerügte Taktik muß aufgehört resp. geändert werden.

St. Margarethen, 10. November 1906.

(16 Unterschriften.)

## Wegen Erpressung und Beleidigung vom Reichsgericht.

Wie noch erinnerlich, wurde der Redakteur des Steinarbeiter, Kollege Staudinger, am 2. Juli dieses Jahres wegen angeblicher Erpressung und Beleidigung von der 4. Leipziger Strafkammer zu 1 Monat 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Unter Berücksichtigung der Vorgänge erregte dieses Urteil berechtigtes Aufsehen, weil es in seiner Konsequenz ein Verhandeln mit Unternehmern zur Beilegung irgendwelcher Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis geradezu unmöglich macht. Das Urteil reichte sich würdig der bisher in Leipzig geübten Praxis an. Der Sachverhalt war kurz folgender:

Der Wächter der Strehlemer städtischen Steinbrüche, Nathan Schall, kündigte und entließ unsern dortigen Vertrauensmann Barta wegen seiner Agitation, und wie es bei solchen Angelegenheiten immer heißt, wegen seiner sozialdemokratischen Tätigkeit. Staudinger verhandelte nun mit Herrn Schall zwecks Wiedereinstellung des betreffenden Kollegen. Die Unterhandlung dauerte zirka 2 Stunden, und während dieser Zeit soll Schall nicht nur Geld für Barta zur Verfügung gestellt, sondern auch ihn, Staudinger, Derartiges angeboten haben, wenn die Sache im Guten aus der Welt geschafft würde. Staudinger wies diese beiden Ansuchen selbstredend zurück. Der Gemäßregelte Barta wurde wieder eingestellt.

Barta hat dann in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann später gegen Schall Anzeige erstattet wegen Nichtbefolgung der Bundesratsverordnung und bei einer Vernehmung die Mißstände bekundet. Nun erfolgte abermals die Entlassung. In einer nun stattgefundenen Versammlung machte Staudinger den Anwesenden zur Charakteristik des Schall von dem Geldangebot Mitteilung.

Ein Versammlungsbericht brachte die betreffende Ausführung neben der, daß Barta entlassen sei, weil er vor Gericht die Wahrheit gesagt habe. (Betreffs der Bundesratsverordnung.) Schall erhob nun Klage wegen verleumderischer Beleidigung. Bei der Voruntersuchung fand der Staatsanwalt, daß Staudinger während seiner Unterredung mit Schall sich eines weiteren Verbrechens schuldig gemacht habe, indem er erklärte, wenn die Maßregelung nicht rückgängig gemacht wird, müssen Gegenmaßregeln ergriffen werden. In dieser wollen nun Herr Schall und sein Buchhalter Fetz, letzterer war bei der Unterredung zugegen, eine Streikandrohung erblickt haben. Das Gericht folgte hieraus eine Erpressung. Staudinger habe durch die Wiedereinstellung Barta, diesem — einen Vermögensvorteil verschaffen wollen. „Erpressung liegt so mit klar“, exemplifizierte der Staatsanwalt. Das Gericht folgte diesem und Resultat war das eingangs erwähnte Urteil. Hiergegen legte Staudinger Revision beim Reichsgericht. Am 13. November beschloß sich dieses mit der Revision. Vor dem Reichsgericht berief sich der Verteidiger Staudingers, Dr. Sübler, auf die kürzliche Entscheidung des Reichsgericht (6. Zivilsenat), welche wir in Nr. 35 des Steinarbeiter zum Ausdruck brachten. Die Verurteilung Staudingers wegen verführter Erpressung stehe mit der Feststellung des Zivilsenats im Widerspruch. Ja, die Feststellung sei geradezu ein erlösendes Wort, und er hoffe, daß der hohe Senat das Urteil aufhebe.

Der Reichsanwalt widersprach der Auffassung Dr. Süblers. Das angezogene Urteil basiere auf einer andern Grundlage und beschäufte sich ausschließlich mit den §§ 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung. Ob der Boykott eine Drohung, einen Zwang darstellt, den der Angeklagte habe ausüben wollen, damit habe sich das Reichsgericht nicht befaßt. Im übrigen schloß sich der Reichsanwalt der Argumentation des Vorderrichters an.

Die Entscheidung des Reichsgericht wird bis zum 30. November ausgefetzt. Wir werden dann auf das Urteil noch zurückkommen.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In diesem Jahre haben verschiedene Zahlstellen Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt. Die Berichtsformulare sind jedoch noch nicht alle hier eingetroffen. Die Ortsvorstände werden dringend ersucht, diesem nachzukommen.

Dem Kollegen Kurt Richter aus Witterfeld ist die Reisekarte in einer Zahlstelle zu unrecht abgenommen. Um Angabe seiner Adresse wird ersucht, damit die Karte wieder zugestellt werden kann.

## Korrespondenzen.

Alt-Warthau. Jetzt beginnt die Zeit, wo die Arbeit in den Großstädten zu Ende geht. Für die reisenden Kollegen entsteht die Frage, wohin? Die Antwort lautet bei vielen, nach Schlesien! Dort ist viel Arbeit. In den früheren Jahren war tatsächlich immer vollauf Arbeit vorhanden, doch die Zeiten haben sich geändert. Wer aber irgend kann, wende seine Schritte nicht nach Schlesien, besonders nicht nach dem Bunzlauer Distrikt. Tag für Tag kommen fremde Kollegen mit den besten Hoffnungen hierher, müssen aber alle enttäuscht wieder abziehen. Die Buben in sämtlichen Zahlstellen des Distrikts sind besetzt. Das Arbeiten im Freien erlaubt 1. die Bundesratsverordnung und 2. die Bitterung nicht; auch kommen hier noch verschiedene andere Umstände in Betracht. Am 1. März 1907 läuft der Tarif ab. (Am 10. November ist nun dieser Tarif nebst den jetzt erhaltenen 10 Prozent Erhöhung seitens der Unternehmer durch Anschlag gefündigt. Die 10 Prozent Erhöhung wird Steinmetzen und Drechern nur bis 1. Dezember dieses Jahres bezahlt.) Eine besondere Taktik der Unternehmer war es bisher, zu dieser Zeit eine künstliche Arbeitslosigkeit zu erzeugen, die dann kurz nach Neujahr ihren Anfang nimmt. Die nötige Arbeit ist dann durch das Massenangebot von Arbeitskräften fertig gestellt. Es kann also damit begonnen werden, die Arbeiter zu den Tarifverhandlungen gefügiger zu machen. Durch langes Warten auf Arbeitsstücke werden die Kollegen gezwungen, infolge des dadurch entstehenden Verdienstausfalls, Schulden zu machen, und bei den verteuerten Lebensmittelpreisen bedarf es hierzu keiner größeren Spanne Zeit. So wird dann durch raffinierte Maßnahmen der Arbeiter müde gemacht, durch Entziehung der Arbeit wird versucht, das ohnmächtige momentane Vorgehen zur Durchführung einer Aufbesserung dem Arbeiter zu demonstrieren. Der Zweck ist dann erreicht, der Rebbach auf Jahre wieder gesichert. Hier können unsere Kollegen den Unternehmern ein Strich durch die Rechnung machen. Aber auch die hiesigen Kollegen haben die Pflicht, beim Beginn dieser Periode sich nicht auf die Lauer zu legen, sondern abzureifen. Selbstverständlich nur diejenigen, welche infolge ihrer Einzelwirtschaft dazu in der Lage sind, es ist jedenfalls geratener, als hier von seinem zukünftigen Verdienst zu zehren. Angenehm ist es freilich nicht, bei Schnee und Frost auf der Landstraße umherzuirren. Den in Arbeit stehenden erwächst die doppelte Pflicht, das Solidaritätsgefühl durch Platzgebende usw. zum Ausdruck zu bringen. Mögen die in Betracht kommenden Steinarbeiter diese paar Zeilen beherzigen und zur Ausführung bringen.

Altenglau. Am 28. Oktober tagten in Mühlbach und Erbesbach zwei gut besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlungen. Als Referent erschien Gauleiter Kraft-Mannheim. Derselbe sprach über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Er schilderte die Entstehung und die Entwicklung der Gewerkschaften bis in die heutige Zeit, betonte besonders das frühere (leider noch in vielen hiesigen Geschäften) patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und zeigte, wie die heutige kapitalistische Produktionsweise den Arbeiter immer mehr zur Selbsthilfe treibt. Es könne deshalb für den Arbeiter kein Zweifel mehr sein, daß nur in der gewerkschaftlichen Organisation sein Heil zu suchen sei, denn durch die gewerkschaftliche Organisation hat der Stundenlohn von 40 und 45 Pfg. auf 60 und 65 Pfg. seinen Aufschwung erhalten. Die Vereinigung der Industriellen zu Aktiengesellschaften, Kartellen usw., die ja nicht allein gegründet werden gegen die Arbeiterschaft, sondern nebenbei den Kleinbetrieben böse mißspielen, beleuchtete Redner in verständnisvoller Weise. Treffend führte er aus, daß dort, wo sich die Arbeiter einander bekämpfen, der Arbeitgeber den Profit dabei hat. Auch die Fleisch- und Lebensmittelverwertung mit ihren Begleitercheinungen nahm Redner unter die Lupe. Am Schluß forderte Kraft die Arbeiter auf, dem Steinarbeiterverband beizutreten und sich nicht am Gängelband der Christlichen führen zu lassen, welche nur dort auftauchen, wo wir mit unsrer Agitation einsehen. In dem oberen Oberrhein besteht fast die ganze Industrie aus Hartsteinbrüchen, wobei der Pfälzische Eisenbahndirektions-Steinbruch mit zirka 500 Arbeitern und zirka 200 Arbeiterinnen der größte am Platz ist. Der jährliche Durchschnittsverdienst der Steinbrücker beträgt 1000 bis 1200 Mk., der Abriecher 800 bis 1000 Mk. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,

es wird sogar bis 9 und 10 Uhr abends gearbeitet. Ein krasser Mißstand herrscht noch bei allen Altarbeitern. Diese werden öfter zu Tagelohnarbeiten verwendet, wofür sie pro Tag den horrenden Lohn von 2,40 Mk. bekommen. Auch bei den Abriechern herrscht ein großer Mißstand, denn es kommt oft vor, daß sie 2 bis 4 Stunden warten müssen, um Steine zu bekommen. Es wäre ja zu wünschen, daß die Arbeiter ihren Indifferentismus beiseite legen und der Organisation beitreten, damit auch in unsern Steinbrüchen gesunde Zustände eintreten. In unrer Nähe sind zirka 8 Steinbrüche mit ungefähr 12 000 (?) Arbeitern und ungefähr 700 Arbeiterinnen, letztere müssen den ganzen Tag in gebückter Stellung stehen, um Steine als Dematerial zu zerbrechen.

Berlin I. Am 4. November tagte im Englischen Garten eine gut besuchte Mitgliederversammlung der Steinarbeiter. Zunächst gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Einer Einnahme inklusive Bestand von 14 735,55 Mk. steht eine Ausgabe von 5269,12 Mk. gegenüber, so daß sich ein Bestand von 9466,43 Mk. ergibt. — Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung mit zirka 100 Stimmen Majorität, den Beitrag vom 1. Januar 1907 ab von 60 auf 70 Pfg. zu erhöhen. Während ein anderer Antrag, welcher einen Stundenlohn (80 Pfg.) normiert, abgelehnt wird. Da der bestehende Tarif, falls von keiner Seite gekündigt, stillschweigend auf zwei volle Jahre verlängert gilt, wird beschlossen, den Tarif vom 1. Dezember zu kündigen. Der Vorstand mit dem Gesellenauschuß wird beauftragt, die eventuellen Forderungen zu formulieren. Die über Lokaltät-Eisenbeton-Gesellschaft und ihre Unterkassanten O. Schille und S. Jüngers verhängte Sperre wird aufgehoben, die Kollegen gewarnt, dort Arbeit zu nehmen. Alsdann wird das Uebertunden-Unternehmen der bei der Firma Feidler, am Bau Wilhelm, Ecke Leipziger Straße, arbeitenden Kollegen, die sich nicht schämen, 12 Stunden (?) täglich zu arbeiten, einer derben Kritik unterzogen. Der Vorsitzende wird beauftragt, den Fall zu untersuchen, die betreffenden Kollegen zu veranlassen, die normale Arbeitszeit einzuhalten. Der Vorsitzende fordert die Platz-Mitglieder auf, ihre Adresse anzugeben. Die zugereisten Kollegen haben sich beim ersten Kassierer und nicht im Verkehrslokal angemeldet.

Breslau I. Am 8. November tagte im Gewerkschaftsbaue eine Mitgliederversammlung. Es wurde lebhaft debattiert über die Sperre Platz Niggel, ob selbige noch weiter bestehen soll. Durch die Sperre sind jetzt Leute von der Firma entlassen mit der Begründung, sobald die Sperre aufgehoben ist, werden Leute wieder eingestellt. Vorläufig ist die Arbeit in die Brüche vergeben. Es war eine Kommission bestimmt worden, welche mit der Firma verhandelte. Die Bedingungen sind: die Entlassenen wieder einzustellen, das Einstellen nach der Reihe wie angefragt wird und nicht ausführen, das Geschäft täglich geschärft zur Verfügung zu stellen, die Entlassungen vorzunehmen der Reihe nach, wie die Einstellungen erfolgen. Die Firma bewilligte dieses, damit ist die Sperre erledigt. Eingestellt wird innerhalb acht Tagen, sobald Material antommt. Bei der Firma Feidler u. Wimmel sind zwei Mann entlassen worden, welche schon längere Zeit dort arbeiten (angeblich wegen Arbeitsmangels), trotzdem noch viele Kollegen, welche später eingestellt worden sind, weiter aufbäumen konnten. Auch hier wurde eine Kommission beauftragt, mit dem Geschäftsführer zu verhandeln. Er teilte mit, daß noch mehr entlassen werden müssen wegen vorläufigen Arbeitsmangels. Sämtliche Kollegen hatten die Arbeit (vorläufig) ruhen lassen, weil sie Maßregelung annahmen. Zum Schluß wurde noch vom Vorsitzenden auf die Stadtverordnetenwahlen aufmerksam gemacht, damit sich alle zur Verfügung stellen, um endlich noch ein paar Vertreter in unser Stadtparlament zu bekommen.

Duisburg. Am 11. d. Mts. tagte hier eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Kollege Brahm teilte mit, daß in der letzten Kartellung an die Gewerkschaften appelliert wurde, sich der Bauarbeiterkommission anzuschließen und sie in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Es wurde dieses beschloßen. Des weitern wurde bedauert, daß aus unsrer Zahlstelle nur 10 Mann (?) die Arbeiterzeitung abonnierten und bloß 2 Mann (?) politisch organisiert seien. Die Kollegen wurden an ihre Pflicht gemahnt. Es sei notwendig, daß jeder Kollege die Arbeiterpresse lese und auch politisch sich betätige. Im 3. Punkt der Tagesordnung wurde mitgeteilt, daß unser Herbstfest am 2. Dezember stattfindet. Auf das in Esfer am 18. November stattfindende Steinarbeiterfest wird verwiesen und die Kollegen ersucht, sich möglichst zahlreich einzufinden. Auch wurde mitgeteilt, daß Gauleiter Hermann am 8. November in Duisburg war, ohne den Vorstand aufzusuchen, um sich dort über die örtlichen Verhältnisse zu erkundigen. Er zog es vor, Kollegen aufzusuchen, die heute aus dem Verband ausgeschlossen wurden. Bei diesen wird er wohl nicht die nötige Information bekommen haben. Dies wurde stark kritisiert. (Merkwürdige Kritik. Der andre Teil des Berichts ist dem Papierkorb einverleibt. In Duisburg wird doch wohl noch anderer Stoff in den Versammlungen zu behandeln sein. Wenigstens verschone man den Steinarbeiter mit solchen langatmigen Ausführungen, daß der Gauleiter die Vorstandsmitglieder von Duisburg nicht aufsuchte. Erst höre man seine Gründe und dann urteile man, wenn es überhaupt angebracht ist. Red.)

Dürkheim. Nach achtägigem Kampfe ist es uns gelungen, unsere Herren Steinmetzmeister dazu zu bewegen, unsern abgeschlossenen Vertrag, den sie zu durchbrechen suchten, wieder anzuerkennen. Es waren die Firmen Gensch, Sattler und Müller, welche versuchten, das wilde Affordsystem wieder einzuführen und den Stundenlohn von 60 Pfg. zu rebuszieren. Mein die Kollegen zeigten diesen Herren, daß sie organisiert sind und legten deshalb bis auf den letzten Mann bei diesen Firmen die Arbeit nieder. Am 7. November wurde die Arbeit zu den alten „vertragsmäßigen“ Bedingungen wieder aufgenommen. Dieser Kampf hat gezeigt, daß man unter Umständen auch im Spätjahr die Angriffe der Unternehmer zurückweisen kann, wenn eine gute und straffe Organisation vorhanden ist. Unsern Kollegen von Dürkheim und Umgebung muß dies ein Ansporn sein, sich noch mehr wie zuvor, mit vollem Eifer der Organisation zu widmen, da im Frühjahr unser Vertrag abläuft und ein neuer zum Abschluß kommen soll. Darum rufe ich allen Kollegen zu: Vereint Euch, wie's Pflicht und Recht — Zeigt Mut in der Gefahr — Und kämpft für Euer Menschenrecht — Dann wird der Sieg fürwahr.

Hamburg I. Am 5. November fand bei Witwe Bahnen unsere übliche Mitgliederversammlung statt. Nach Verlesen des Protokolls protestierten einige bei der Firma Norden u. Sohn beschäftigte Kollegen energisch gegen den letzten Versammlungsbericht und wiesen die darin gemachten Angriffe gegen die bei genannter Firma beschäftigten Kollegen mit Entrüstung zurück. Versammlungsberichte, in denen der Schriftführer nur seine eigene Meinung zum Ausdruck bringt, sollten unterbleiben. Bei Punkt 1 der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, wurde Kollege Rahenkamp unter der Bedingung, daß er die rückständigen Beiträge bis 1. Januar bezahlt, wieder aufgenommen. Als Schriftführer wurde Kollege Burger und als Delegierter zur Konferenz unser Vorstand Kollege Heinrich gewählt. Der Kassierer berief hierauf die Abrechnung des dritten Quartals. Wir hatten eine Einnahme von 1483,50 Mark, eine Ausgabe von 2109,07 Mark, bleibt Kassenbestand 274,43 Mark. Bei der Abrechnung verlangen verschiedene Kollegen Aufschluß über die Maßregelungsunterstützung, die dem Kollegen Dubbert gewährt wurde. Beim Punkt: Ist die Flächenbearbeitung der Trottirplatten Steinmetzarbeit? entspann sich eine lebhaft debattierte. Genannte Arbeit ist hier eine neue Erscheinung, hervorgerufen durch den neuen Zollltarif, derselbe belegt fertige Platten, welche von England kommen, mit 85 Pfg. Zoll pro Zentner. Die Platten werden folgedessen jetzt als rauhes Material bezogen und hier von

den Hartauern (organisiert bei den Steinsehern. Red.) für 65 Pfg. pro Stunde bearbeitet. Wir Steinmeger verlangen aber, daß diese Steinmearbeit ebenfalls mit dem ortsüblichen Lohn von 85 Pfg. bezahlt wird. Eine Kommission, zusammengesetzt aus dem Vorstand der Steinseher und unserm Vorsitzenden, hatte darüber zu entscheiden und faßte den Beschluß, daß die Plattenarbeit als Steinmearbeit zu betrachten sei und die Meister einen Stundenlohn von 85 Pfg. dafür zu bezahlen haben. Mit dieser Forderung hätten wir auch ganz leicht durchdringen können. Die hierauf einberufene Steinseherversammlung beschloß sich mit dieser Frage und hob den Beschluß der Kommission auf, nahm einen Antrag an, daß die Plattenbearbeitung als Straßenarbeit (?) anzusehen sei und müsse deshalb für 65 Pfg. ausgeführt werden. Es ist dieses sehr bezeichnend für eine Hamburger Gewerkschaft, zumal sie sich in ihrem letzten Verammlungsbericht über die Rückständigkeit der verfahrensweise zur Plattenbearbeitung herbeigezogenen Engländer beklagte. Diese erhielten aber nebst ihrem Lohn von 65 Pfg. pro Stunde noch einen wöchentlichen Zuschuß von 20 Mark. Die Verammlung beschloß hierauf einstimmig, keine Fläche unter dem ortsüblichen Lohn von 85 Pfg. zu bearbeiten. Im Punkt Verschiedenes werden unserm Mitonaeer Hilfskassierer 10 Mark pro Quartal bewilligt. Ein Antrag des Kollegen Jänig auf Gewährung von Umzugskosten wird abgelehnt. Zum Schluß gibt der Vorstand noch bekannt, daß von dem Neubau der Groß-eintaufgesellschaft ein Teil der Steinmearbeit am Orte angefertigt werden soll.

**Seibelberg.** Am 8. November fand im Goldenen Römer eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt wurde über die Lohnbewegung bei der Firma Diether u. Weber gesprochen. Schon vor längerer Zeit wurde einigen Kollegen 55 Pfg. Stundenlohn versprochen, aber bei dem Versprechen blieb es: Bezahlt wurden wie bisher 50 Pfg. Nun versuchten die Kollegen, mit der Firma einen Vertrag abzuschließen, in welchem ein Stundenlohn von 55 Pfg., sowie eine geregelte Arbeitszeit gefordert wird, aber dazu kann sich Herr Weber nicht entschließen. Dieser will er verreden, wie er ausführt, als einen Vertrag unterschreiben, welcher nur die minimalsten Forderungen enthält. Betrachtet man in Mannheim (kaum vier Stunden von hier entfernt) die Stundenlöhne der Steinhauer, 60, 65 und 70 Pfg., so ergibt es einen Unterschied von 10 bis 20 Pfg. pro Stunde. Hier in der Univeritätsstadt sind die Lebensmittel und Wohnungen gewiß nicht billiger, sondern im Gegenteil. Viel Schuld an den niedrigen Löhnen hier haben die Kollegen selbst. Bis vor kurzer Zeit waren noch eine große Anzahl Kollegen direkt gegen den Verband, arbeiteten täglich 10 Stunden usw. Nun, wir hoffen, da sie jetzt in unsern Reihen stehen, daß das nachgeholt wird, was bisher veräumt ist. Die Kollegen (12 Mann), die bei obiger Firma die Arbeit einstellen, sind vorläufig untergebracht, indem sie mit dem Bauherrn (für welchen Diether u. Weber einen Bau ausführen sollten) selbst einen Vertrag abgeschlossen haben, wonach sie die Arbeiten im Tagelohn fertigstellen. Dadurch hat jetzt die Firma einen großen Schaden. Da sie aber noch andre Arbeiten hat und Steinhauer sucht, so ist Zug streng fernzuhalten. Verbandsvorsitzender Paul Starke hielt uns hierauf einen sehr lehrreichen Vortrag, er legte uns unter anderem klar, welche Taktik bei etwaigen Lohnbewegungen zu beachten sei und ging des näheren auf die letzten großen Streiks im Oberrhein und Müschelkallgebiet ein. Pflicht jedes gewerkschaftlich organisierten Steinarbeiters sei es, sich auch politisch zu organisieren, sowie die Fach- und politische Parteipresse fleißig zu lesen, erst dann könnte ein Arbeiter richtig aufgeklärt werden. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. Nach Erledigung einiger Anfragen erfolgte Schluß der Versammlung.

**Piel 1.** Mitgliederversammlung am 6. November. Auf der Tagesordnung standen fünf Punkte. Zum Schriftführer wurde W. Kahl, zum 2. Vorsitzenden Werll bestimmt. Eine lebhafteste Diskussion entspann sich betreffs der Galtsteuer. Den Kollegen scheint der Betrag, auf jede verkaufte Marke 2 Pfg. an die Galtkasse abzuführen, etwas hoch. Im übrigen hat auch die Zahlstelle Piel einen derartigen Beschluß nicht mit gefaßt. Ein Antrag, die Zahlung abzulehnen und uns den Beschlüssen der im Januar tagenden Galtkonferenz zu fügen, wurde angenommen. Zum Ort der Galtkonferenz einigte man sich auf Hannover. Als Vertreter zur Ortskrankenkasse wird Schröder und Buchholz gewählt. Der Vorsitzende macht dann bekannt, daß die neuen Tarife pro Stück 10 Pfg. kosten. Im Verschiedenen wurde das Verhalten des Kollegen Neugebauer gerügt, weil er sich weigerte, Marken für das Gewerkschaftshaus zu kleben. Eine Frist wurde gesetzt, ist bis dahin N. dem nicht nachgegeben, werden andre Maßregeln ergriffen. Nachdem der Vorsitzende den schlechten Versammlungsbesuch gerügt und für Besserung ersuchte, war Schluß der Versammlung.

**Mannheim.** In der Steinarbeiterversammlung vom 6. November, in der die Zahlstellen Mannheim und Ludwigshafen, sowie die Zahlstelle der Marmorarbeiter Ludwigshafen II unter äußerst zahlreicher Beteiligung, mit zusammen circa 110 Mitgliedern, vertreten waren, referierte Verbandsvorsitzender Paul Starke-Weipzig über Agitation und Taktik im Verband. Beim Antritt des Vorsitzes seitens des Vorstandes hatte die damalige lose Organisation eine Mitgliederzahl von 6000 Kollegen; jetzt sind es 20-21 000 Mitglieder. Das Fachorgan hat eine Auflage von 22 800 Exemplaren. Der Kassenbestand belief sich damals auf 30 000 Mark, welche Höhe er jetzt erreicht hat, möge daraus zu ersehen sein, daß in diesem Jahre bereits 150 000 Mark allein an Streikunterstützung ausgegeben wurden. In dem Maße, wie sich der Verband ausbreitet, hat sich auch die Zahl der Mitglieder des Verbandes der Unternehmern gesteigert. Was den auf dem Münchberger Verbandstag verlangten Normalarbeitsvertrag anbelangt, so ist derselbe bei so vielen Steinarten mit großen Schwierigkeiten verknüpft und schwer durchführbar, und selbst dann weiß man noch nicht, wie er allseitig aufzunehmen wird. Bei den Kämpfen ist zu erwägen, ob partielle Streiktaktik oder allgemeiner Streik für die gegebenen Verhältnisse vorzuziehen ist. In München konnte durch die partielle Taktik, trotz vorheriger strikter Ablehnung, zum Schluß doch noch ein allgemeiner Arbeitsvertrag abgeschlossen werden. Bei Verhandlungen darf man nicht immer, wenn man nicht äußerst gut gewappnet ist und die Verhältnisse vorzüglich liegen, zum Aufheben, dem Streik, drängen, besonders dann nicht, wenn Zugeständnisse, wenn auch etwas minderwertiger Art, gemacht werden. Dies betreffen die verlorenen Streiks in den Hartsteinbruchdistrikten Kappelrodeck und im Oberrhein sowie im Müschelkallgebiet. Im Oberrhein kam der Streik der Millionenfirma Kreuzer u. Wöhlinger gerade recht, indem sie nun einmal ihre alten Grabstein-ladenhüter in großem Quantum los werden konnte. Im Müschelkallgebiet, wo die norddeutschen Großunternehmer, Schilling, Reider und Wimmel, die in allen Sand- und Müschelkallgebieten Steinbrüche haben, sich auch anständig gemacht haben, hat ersterer den kleinen Unternehmern vom Main bis nach Rothenburg Geld und Schablone zur Verfügung gestellt, und sie, die durch Kollegen aus den eignen Reihen leistungsfähig wurden, dadurch, daß dieselben Streikarbeit leisteten, in die glänzendste Lage versetzt. Es waren zu dieser Zeit, um das Koalitionsrecht der Steinarbeiter unvorhaken zu machen und die Zentralkasse zu sprengen, für das Main- und Müschelkallgebiet große Aussparungen geplant, die entgegen dem Kampfeifer der Kollegen, auf den Streik im Müschelkallgebiet lokalisiert werden konnten. Daß man heute noch Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zum Verband aussperren will, ist ein Zeichen für die Rückständigkeit der süddeutschen Unternehmern. Die Arbeiter haben allen Grund, sich mit allen gesetzlichen zulässigen Mitteln gegen einen etwaigen Raub der Fundamentalarbeitsrechte des Proletariats zu wehren; und wir haben keine Ursache, in dem Wortlaut der Jenaer und Kölner Resolution zum Massenstreik einen Widerspruch zu erkennen. Es könnte der Fall eintreten, daß die Verfassung gestürzt oder das

Koalitionsrecht den Arbeitern geraubt werden sollte — dann müßte die deutsche Arbeiterchaft ihr Letztes einsetzen, um ihre Rechte zu verteidigen. Was heute die arbeitenden Massen, ein-gechränkt durch Klassenurteile und Polizeiwillkür, erringen, wird denselben von hinten wieder durch Steuerdruck und Zoll-schranken geraubt. Daraus geht hervor, daß die Arbeiterchaft sich unmöglich auf den gewerkschaftlichen Kampf allein verlassen darf, sondern daß ihre Beteiligung an der politischen Bewegung ebenso wichtig und ebenso notwendig ist.

**Saßitz.** In dem Grenzgebiet arbeiten viele tschechische Steinarbeiter, größtenteils Prager, die eine Versammlung am 28. Oktober nach Klein-Germna einberufen hatten, zu der je ein Vertreter von Prag und Wien sowie der Gauleiter Kollege Lohse von Striegau eingeladen und auch erschienen waren. Es sollten beide Parteien die Gründe anführen, die zur Trennung führten, um über die Stellungnahme gegenüber dem neuen Prager Verband beschließen zu können. Der Vertreter von Prag, Kollege Sestak, hat die schon wiederholt vorgebrachten Argumente erregt in das Feld geführt: den Fall Haidt, der seine Wirkung bei der Masse verfehlt, dann die Streiks in Stenowitz, Labor, Rosor, Pozar und Nabresina, behauptend, daß die tschechischen Orte nicht genügend unterstützt wurden, hingegen für Nabresina und Wien zubielt getan worden sei. Ein bemerkenswerter Satz ist ihm entchlüpft, und zwar, „daß er zugeben müsse, daß die Zentralorganisation gut ist“. Der Vertreter von Wien, Kollege Sirotel, hat ruhig und sachlich nachgewiesen, daß der Verbands-vorstand gezwungen war, bei den Streiks in Böhmen zu bremsen und was den Fall Haidt anbetrifft, der immer wieder ausge-graben wird, so könnte etwas derartiges auch einmal in Prag passieren; das ist kein Grund zu einer Trennung. Er betonte, daß dem, was die Prager haben wollten, im Rahmen der Zentral-organisation unmöglich Rechnung getragen werden kann, und zwar die Abführung der Verbandsbeiträge von den tschechischen Orten nach Prag und vollständig unabhängiges Entscheidungs-recht der Prager Agitationskommission bei Streiks. Das sind zwei Punkte, die absolut nicht bewilligt werden konnten — auch auf die Gefahr hin, daß es zur Trennung kommt. Das kann uns kein Gewerkschaftler übernehmen, weil es praktisch undurch-führbar ist. Der Vertreter des Deutschen Steinarbeiterverban-des, Gauleiter Kollege Lohse, hat angeführt, daß man es be-dauere, daß in Oesterreich die Organisation getrennt wurde. Die Gründe, die hier vom Prager Vertreter angeführt wurden, seien nicht stichhaltig und es sei traurig genug, daß sich Leute gefunden haben, die sich dazu hergeben, die Organisation, welche ohnedies noch sehr schwach ist, zu zersplittern. Ich erkläre mich mit den überaus trefflichen Ausführungen des Kollegen Sirotel vollständig einverstanden. Das sind keine Sozialdemokraten, die eine schwer aufgebaute Organisation zertrümmern. Er betont auch, daß die Forderungen der Prager unburchführbar sind. Ueber die Anerkennung wird das internationale Sekretariat entschei-den, aber eines steht schon heute fest, daß der Sonderverband der Prager nicht anerkannt werden kann. Für den Verbandsvor-stand soll ich hier erklären, daß die Kollegen vom neuen Verban-de von uns nicht anerkannt und somit als Nichtorganisierte ange-sehen werden, die in unserm Verban-de dieselbe Karenzzeit durch-machen müssen wie die Hirsch-Dunderschen Kollegen usw. Lassen Sie den Kampf auf dem österreichischen Boden ausstoben und bringen Sie ihn nicht über die Grenze hinüber. Kollege Sestak sagt, daß er nicht erwartet hatte, daß der Vertreter des Deutschen Verbandes eine solche Stellung einnimmt. Wenn die tschechische Organisation nicht anerkannt wird, droht er, daß Prag an der Grenze eine Zahlstelle errichtet (?), damit die tschechischen Steinarbeiter, die in Deutschland arbeiten, dort einzahlen. Auch die übrigen Kollegen können es nicht begreifen, warum die Prager nicht anerkannt werden sollen. Ein Kollege stellte den Antrag, überhaupt nirgendshin zu gehen, was einen stürmischen Beifall hervorrief. Die dortigen Kollegen haben bis jetzt musterfüllig gearbeitet, was nun durch diese Prager Organisation zerstört werden soll. Von den 75 Anwesenden hat die große Mehrheit für die Anerkennung ge-stimmt, der Vertreter von Mittelsleine, der 110 Kollegen ver-treten hat, stimmte dagegen. Die Einigkeit unter den Kollegen wird gestiftet, das ist das Ergebnis der nationalen Trennung.

**Schöna bei Schandau.** In einer am Sonntag, den 4. No- vember, stattgefundenen Steinarbeiterversammlung referierte Genosse Starke-Dresden über: Kranken- und Invalidenversiche-rung. In ausführlicher Weise brachte er die einzelnen Arten der Versicherung den Versammelten zur Kenntnis. Hauptäch-tlich wies er darauf hin, daß durch das Selbstverwaltungsgesetz der Krankenkassen die Arbeiter in der Lage sind, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, für die Versicherten einigermassen er-trägliche Zustände zu schaffen. Daß ferner die Ortskrankenkassen angewiesen sind, besondere Mindestleistungen (26 Wochen Krankenunterstützung, Krankengeld nach der Masseneinteilung, Sterbegeld, freie ärztliche Behandlung usw.) zu gewähren. Es ist aber auch einer Ortskrankenkasse erlaubt, über diese Mindest-leistungen hinauszugehen, vorausgesetzt, daß die Kassenverhält-nisse dies erlauben und dies je um so eher möglich, je größer der Kreis der Versicherten sei. Eine Verleumdung der Verhältnisse sei es deshalb, daß die Ortskrankenkasse Schöna beantragt habe, die Steinarbeiter aus der Ortskrankenkasse auszuweisen und sie in Betriebskassen unterzubringen. Der Erfolg dieser Ausweisung werde lehren, daß die gefundenen Steinarbeiter in der Betriebs-kasse versichert sind, die Kranken hingegen in der Ortskrankenkasse, zum Nachteil der versicherten Mitglieder. Auch sei es nicht zu verstehen, daß das Ministerium des Innern diesen Antrag für beachtlich gefunden, nachdem es doch vorher einen direkt entgegen- stehenden Standpunkt eingenommen habe. Zu wünschen sei, daß die durch den Vertrauensmann der Steinarbeiter mit genügend Unterschriften versehenen Eingabe, die das Unhaltbare dieser Ausweisung treffend nachweist, Erfolg habe. Eine Anfrage aus der Versammlung, ob die Gemeindebehörde für Fehlbeträge, die durch die Ortskrankenkasse nicht aufgebracht werden können, auf-zukommen habe, wurde vom Genossen Starke beantwortet: Dies sei nicht der Fall, da ja die Ortskrankenkasse dafür zu sorgen habe, daß die Ausgaben nicht die Einnahmen übersteifen. Die Ortskrankenkasse ist ja auch verpflichtet, einen Reservefonds zu bilden, es treffe nur zu, wenn eine Gemeindekassenkasse be-stehe, und eine solche gibt es in Schöna nicht. Der Vertrauens-mann der Steinarbeiter sieht in dem Antrag der Ortskrankenkasse mehr ein Angstprodukt, man befürchte jedenfalls, daß, da nun die Steinarbeiter aus ihrer Mitte Vertreter in den Vorstand wählen könnten, diese dafür Sorge tragen würden, höhere Bei-träge einzuführen, um höhere Leistungen zu erhalten, weshalb ebenfalls die Arbeitgeber etwas tiefer in den Beutel greifen müßten. Das wolle man jedenfalls verhüten. Auch wurde von einem Anwesenden gerügt, daß, da er, um schnell Seilumg bei einer Verletzung des Auges zu erlangen, zu einem Spezialarzt fuhr, er die Kosten dafür selbst bezahlen mußte. Zur Invaliden-versicherung führte Genosse Starke die hauptsächlichsten Bestim-mungen an: Beginn und Ende der Mitgliedschaft, Beitrags-leistung, Unterstützung, Zurückzahlung der Beiträge und das vor allen Dingen so wichtige, angewandte Heilverfahren zur Ver-hütung eintretender Invalidität. Auch ist nachgewiesen, daß die Invalidenrenten sich von Jahr zu Jahr vermehren, eine Folge der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiter, der Ausnützung der physischen Arbeitskraft gegen geringe Entlohnung, der ver-kehrten Zollpolitik und Lebensmittelpreuerung, deshalb muß naturgemäß eine vorzeitige Invalidität eintreten. Die Alters-rente jedoch kann nach und nach von den Arbeitern gar nicht mehr in Anspruch genommen werden, da frühzeitiger Tod sie vom Ge-nuß derselben ausschließt. Es ist aber unbedingt notwendig, daß der Arbeiter sich eingehend mit den geringen Vorteilen der Ar-beiterversicherung bekannt macht, da vielfach der Arbeiter vergißt, seine geringen Rechte zu wahren, was sich dann später bitter

rächt. Vor allen Dingen sei die Selbstversicherung zu beachten. Den weiblichen Versicherten sei dringend zu raten, bei Ver-heiratung einen Antrag auf Zurückzahlung der geleisteten Bei-träge nicht zu stellen, sondern weiter zu bezahlen, da auch sie durch die Ausnützung ihrer Arbeitskraft sehr in Mitleidenchaft gezogen werden. Es ist auch Tatsache, daß der Arbeiter durch gewerkschaftliche Organisation immer mehr Aufklärung über die wenigen sozialen Rechte, die ihm zustehen, erhält. Man mache immer ein großes Aufheben mit den kolossalen Summen, die der Arbeiter aus der Reichsversicherung erhält, in Wirklichkeit sind es im höchsten Falle pro Tag 50 Pfg. Vor allen Dingen sorge aber der Arbeiter dafür, Personen in die Volkvertretung zu entsenden, die auch wirklich die Interessen der Arbeiter wahr-nehmen. — Zum Punkt Statistik brachte der Vertrauensmann die Ergebnisse der zur Ausgabe gelangten Fragebogen zur Ver-lesung und zwar hatte er die Berufsgruppen Steinmeger, Brecher und Tagearbeiter gesondert gehalten. Aus dem Bogen ging hervor, daß durch Anwendung aller verfügbaren Arbeits-kraft im Afford ein einigermaßen zufriedenstellender Lohn wäh-rend dieser Arbeitsperiode erzielt wurde, der jedoch wieder ver-mindert wurde durch teilweise lange Arbeitslosigkeit. Besonders tritt dies bei den Tagearbeitern hervor, die ebenfalls teilweise im Afford arbeiten, denen es aber trotzdem nicht möglich war, insgesamt (Tagelohn und Afford gerechnet) einen Lohn zu er-reichen, der in andern, nicht so viel Arbeitskraft erfordernden Erwerbszweigen, verdient wird. Ein genaues Bild könne man jedoch erst erhalten, wenn alle Kollegen alle auf den Fragebogen vermerkten Fragen auch genau beantworten. Deshalb richte er das dringende Ersuchen an die Versammlung, dahin zu wirken, daß dieser Angelegenheit mehr Verständnis entgegengebracht wird. Nur dadurch ist es möglich, zu beweisen, daß in dieser von der Natur so reich bedachten Gegend, die jährlich von Tausenden besucht wird, für die darin beschäftigten Arbeiter menschenwür-dige Zustände nicht bestehen. — Unter Gewerkschaftliches wurde bekannt gegeben, daß beim Berufswechsel, nachdem man sechs Wochen den neuen Beruf ausgeübt hat, man sich dieser Berufs-organisation laut Beschluß der Zentralvorstände anschließen hat. Die in der alten Organisation gezahlten Beiträge werden umgerechnet auf Beiträge in der neuen Organisation. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Müschelburg.** Am 4. November hielten die hiesigen Stein- arbeiter in Kaltwasser ihre Mitgliederversammlung ab, welche sich eines guten Besuchs erfreute. Die Abrechnung der örtlichen Verammlungskasse sowie der Krankenzufschußkasse wurde von der Ver-ammlungsversammlung anerkannt. Zum Kassierer für erstere wurde Herrm. Joseph, für die letztere Herrm. Ruffert bestimmt. Zum zweiten Revisor für beide Kassen wurde Stadit gewählt. Eine weitere Beitragszahlung in die örtliche Zufschußkasse soll nicht stattfinden, weil der Kassenbestand zur Unterstützung der Kranken bis zum 1. Juli 07 ausreicht und von da ab die zentralisierte Zufschuß-kasse in Kraft tritt. Der gewählte Kassierer hat somit nur die Aus-zahlungen ordnungsmäßig zu registrieren. Die Kollegen aus dem Steinbruch, welche uns im verflorenen Jahre den Rücken-lehren, haben eingesehen, daß die christliche Fachabteilung für sie keinen Zweck hat wollen sich unserm Verban-de wieder an-schließen. In Verschiedenem entspann sich eine lebhafteste Debatte über das Mitgesellschaften; es sollen dazu nur solche bestimmt werden, welche das Interesse ihrer Kollegen wirklich vertreten. Zum Schluß wurde noch erwähnt, in den Budenrechten mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge zu halten, sondern denselben Ausdruck zu geben.

## Rundschau.

**26 000 Mark — billiger.** Bekanntlich wurde auch in Hamburg im Juni d. J. ein Bismarckdenkmal enthüllt. Das Monument ist von der Firma Holzmann u. Co. aus-geführt worden. Für die Anfertigung des noch vorzu-nehmenden Sockelschmuckes (Aushauen von 8 Figuren) hatte die Firma ihre Forderung auf 54 000 Mk. erhöht. Eine Submission unter den Hamburger Steinmegergeschäf-ten brachte 28 000 Mk. als die billigste Berechnung. Die Arbeit wurde nun dem billigen Submittenten Johannes Schünemann übertragen. Welche Rechnung nun von bei-den ein Loch hat, soll hier nicht untersucht werden, dürfte aber besondere geistige Anstrengungen nicht erfordern. In Unternehmerrreisen nennt man derartiges Schmuckkonfurrenz. In einem bürgerlichen Blatte Hamburgs erschien nun ein Artikel, in dem die Humanität des Herrn Schüne-mann hervorgehoben wurde. Man höre — er führe die Arbeit deswegen so billig aus, um seine erprobten Leute, die er im Sommer beschäftigt habe, auch im Winter ar-beiten lassen zu können. Dazu wird uns nun aus Kollegen-reisen einiges berichtet, das sehr wenig von der gepriesenen Humanität zeugt: „Vor einigen Tagen mußte einer seiner erprobten Leute seine Arbeit aufgeben, weil er nicht um 20 Pfg. die Stunde billiger arbeiten wollte, als er bis-her erhielt. Derselbe ist schon mehrere Jahre im Geschäft und auch als tüchtiger Granitarbeiter bekannt. Zwei Tage später wurde ein anderer Arbeiter eingestellt, dessen Ar-beitskraft Herr Schünemann gar nicht kannte. Dann hat Herr Sch. unter Zeugen hervorgehoben, daß er bei den Ar-beiten am Bismarckdenkmal überhaupt keine hiesigen Steinmeger beschäftigt, weil diese keine Granitarbeiter wären, sondern er würde auswärtsige Steinmeger heranziehen. Und doch hat die Firma Holzmann das Bismarckdenkmal fast aus-schließlich mit hiesigen Steinmeger fertig gestellt. Nur zur Bearbeitung der Figur wurden noch fremde Kräfte hinzugezogen, weil hier nicht genügend Steinmeger am Plage waren. Also das ist die Humanität des Herrn Schüne-mann! Erst diese Schmuckkonfurrenz, dann Einstellung solcher Arbeiter aus den Bruchdistrikten, die ihm als willige Arbeitstiere den Profit herauszuschlagen sollen. Zurzeit ist in Hamburg ein ganzes Duzend Steinmeger beschäf-tigungslos, die alle Granit arbeiten können; darunter Fa-milienväter. Das rührt natürlich die Humanität des Herrn Schünemann nicht im geringsten; er hat ja keine Kinder, die nach Brot verlangen. Sache der Hamburger Stein-meger wird es sein, bei Zeiten Vorkehrungen zu treffen, diesen Plan zu durchkreuzen.“

**Wie Arbeiterschutzgesetze respektiert werden.** Unerhörte Verbrechen in bezug auf Arbeiterschutz kamen in einem Strafprozeß gegen den Sägewerksbesitzer Kgnaz Wiest in Rempten (Mgäu) vor der Strafkammer des dortigen Landgerichts aus Licht der Öffentlichkeit. Der Unter-nehmer, einer der rücksichtslosesten Scharfmacher, zugleich aber auch bekannt als durch und durch frommer, katholischer Mann, wenigstens nach außen hin, hatte sich in Gemein-schaft mit seinem Verführer wegen fahrlässiger Tötung eines Arbeiters zu verantworten. Am 12. Februar wurde im Betrieb des Wiest eine Maschine defekt. Es mußte aber weiter gearbeitet werden, was nur dadurch möglich war, daß man mit einer Netze die Maschine zusammenhielt und einem Arbeiter den Auftrag erteilte, mit einem Hebel in der Hand die geflickte Maschine zu unterstützen. Kaum war das Werk im Gang, so wurde der Arbeiter an die Wand geschleudert. Schwer verletzt mußte er weggetragen wer-

den. Sechs Wochen lag er im Bett. Aber trotz dieses Unfalls mußte wiederum weitergearbeitet werden. Es dauerte nicht lange, so war ein zweiter Arbeiter eine Leiche. Das war der 43. Unfall innerhalb kurzer Zeit in ein und demselben Werk, darunter vier Todesfälle. Das unglaubliche an dieser betrieblenden Tatsache aber ist, daß bereits früher ein Arbeiter an der gleichen Maschine und unter den gleichen Umständen sein Leben lassen mußte. Ein Sachverständiger der Berufsgenossenschaft erklärte vor Gericht, daß die schauerhaften Zustände in dem Westfälischen Werk im Jahre 1900, also vor sechs Jahren, schon beanstandet worden waren, aber bis heute noch nicht geändert worden sind. Schon öfters sei dem West die Einstellung des Betriebes angedroht worden. Es blieb aber bloß bei den Drohungen, die den rücksichtslosen Ausbeuter nicht im geringsten genierten. Ein derartiges, in solch mißerlichem Zustande befindliches Werk — sagte dieser Sachverständige weiter — sei ihm in ganz Bayern nicht zu Gesicht gekommen. Rechtsrat Günzler vom Stadtmagistrat Rempten nennt den Umstand, daß der Unternehmer in solch außerordentlich leichtfertiger Weise mit dem Leben der Arbeiter umging, eine Unverschämtheit sondergleichen; Regierung und Stadtbehörde hätten bei ihm kein Gehör gefunden (11). Wie die Verhältnisse speziell an der genannten Maschine im allgemeinen lagen, haben die Arbeiter verunglückten müssen! Alle Gutachter und Sachverständigen fallen über den ganzen Betrieb betreffs Außerachtlassung der Sicherheitsmaßregeln ein geradezu vernichtendes Urteil. Ein Polizeikommissar schließt aus der Zahl der Unfälle und aus dem Umstande, daß sich die sozialdemokratische Presse fortwährend mit diesem Betrieb beschäftigte, daß nicht alles so gewesen sei, wie es sein sollte. Ein so freventliches Spiel mit dem Leben der Arbeiter verdient die Bezeichnung Massenmord. Man bedenke, 43 Unfälle, darunter 4 tödlich. Eine exemplarische Strafe wird dieser äußerlich äußerst fromme Unternehmer wohl erhalten, wird mancher beim Lesen der Verhandlung denken — wie lautete nun das Urteil gegen diesen rücksichtslosen Ausbeuter? — 300 Mark Geldstrafe. Der mitangeklagte Werkmeister 60 Mk. Geldstrafe. Die Arbeiter dagegen, die im vergangenen Sommer ein Vierteljahr lang durch einen Ausstand diesen rücksichtslosen Unternehmer bekämpften, wurden, weil sie diesen oder einen ehrvergeßenen Streikbrecher nur schief anschauten, mit Gefängnis bestraft. — Wie sagte doch der Oberstaatsanwalt bei dem Landfriedensbruchprozess am Schwurgericht in Nürnberg? — „Wer im Volke den Glauben an die Gerechtigkeit untergräbt, der untergräbt die Grundlage der Königreiche.“

Es wäre die Annahme verkehrt, daß allein hohe Bestrafungen von Unternehmern einen wirksamen Arbeiterschutz herbeiführen können. Solch maßlos niedrige Strafen prämissieren aber geradezu die Rücksichtslosigkeit gegen das Leben und die Gesundheit der Arbeiter und die Gewinnsucht rücksichtsloser Unternehmer. Geradezu gemeingefährlich ist die Unterlassungssünde, die die bürgerlichen Parteien dadurch sich zuschulden kommen lassen, daß sie die seitens der Sozialdemokratie erhobenen Forderungen zur Sicherung gegen die Gefahren für Leib und Leben der Arbeiter abgelehnt haben. Wer dem vollen Schutz des Koalitionsrechts entgegentritt, wer den Arbeitern das Recht weigert, Unfallverhütungsvorschriften mit festzusetzen und zu überwachen, ist Mitschuldiger an dem Tode und der Vernichtung von Menschenglück, die alljährlich in Deutschland viele Tausende Arbeiter trifft.

**Ein christlicher Schurkenstreich.** Der auch in Steinarbeiterkreisen ob seiner Niedertracht bekannte „christliche“ Arbeiterführer **Tremmel** aus Mannheim hat abermals eine Gemeinheit begangen, die alles bisher Gebotene übersteigt. In Mannheim-Ludwigshafen waren die Stückgutarbeiter ausgesperrt. Während des Kampfes richtete dieser Tremmel folgendes Zirkular an die Ortsverwaltung seines Verbandes:

Mannheim, im Oktober 1906.  
Werte Kollegen!

In Mannheim tobt im Hafengebiet schon seit 10 Tagen ein heftiger Streik. Schuld an dem Hinauszögern des Streiks sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die den christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband nicht anerkennen wollen. Da die Arbeitgeber bereit sind, mit uns einen Tarif abzuschließen, wenn wir für die notwendige Zahl Arbeiter sorgen, so ergeht an die Zahlstellen die dringende Aufforderung, Unterzeichneten telegraphisch mitzuteilen, ob und wie viele Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Kollegen! Bedenkt, es gilt den Kampf um unsere Interessen und ihre Gleichberechtigung, weshalb jede Zahlstellenverwaltung die Pflicht hat, uns in diesem Kampfe zu unterstützen. Auch wenn Arbeiter aufgetrieben werden können, die nicht unserm Verband angehören, so ist dies unbedingt zu melden. Der Stundenlohn beträgt hier 41 Pfg. Die Arbeiter sind über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Für Schutz gegen Angriffe der streikenden Verbände ist genügend Sorge getragen. Die Reisekosten trägt die Verbandskasse. Darum, Kollegen, werbt allerorts Arbeiter für nach Mannheim und gebt sofort telegraphisch Nachricht. Wenn jede Zahlstelle nur einen Mann aufbringt, so ist unserer Sache gedient.

Mit kollegialem Gruß  
Peter Tremmel, Mannheim, C 8, 7.

Diese Handlungsweise, wofür man keinen Ausdruck findet, der scharf genug wäre, das Verbrechen dieser „Christen“ zu kennzeichnen, hatte auf den Ausgang des Kampfes keinen Einfluß. Die Bewegung endete mit einem vollen Erfolg der Arbeiter. Aber rücksichtsloser Kampf mit allen Mitteln einer „Arbeiter“organisation, auf deren Kosten Streikbrechertransporte stattfinden.

**Sind Einzelmitglieder am Orte anmeldspflichtig?** Die Verwaltungsstelle Bochum des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war im April 1905 auf Wunsch aus den Kreisen der Mitglieder aufgelöst worden und der Bevollmächtigte Ebers hatte sämtliche bei der Ortspolizeiverwaltung angemeldeten Mitglieder wieder abgemeldet. Trotzdem nahm die Polizei an, es bestünde in Bochum ein Verein der dortigen Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes weiter. Sie forderte deshalb Ebers, der jetzt als Vertreter des Zentralvorstandes zu Stuttgart in Bochum fungierte und vom Zentralvorstand direkt besoldet wurde, als vermeintlichen Vorsteher des vermeintlichen Bochumer Vereins auf, ihr gemäß § 2 des preussischen Vereinsgesetzes ein neues Mitgliederverzeichnis einzureichen. Da E. dem Verlangen nicht nachkam, so wurde er wegen Uebertretung der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes angeklagt. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch frei und

führte aus: Allerdings seien nach der Auflösung der Bochumer Verwaltungsstelle in Bochum die Zwecke des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter hervorragender Beteiligung des Angeklagten weiter verfolgt worden, insbesondere in Versammlungen, die man jetzt als Versammlungen der Bochumer Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einberufen habe. Aber es sei damit nicht erwiesen, daß nach der Auflösung der Verwaltungsstelle die Bochumer Einzelmitglieder ein selbständiges Vereinsleben geführt hätten. Verschiedene Umstände sprächen dagegen, so z. B. die Tatsache, daß die Verwaltungsstelle aufgelöst worden sei, weil eine Anzahl Mitglieder erklärt hätten, sie hätten Nachteile davon, wenn sie in einer Verwaltungsstelle organisiert wären. Sinzu komme auch, daß jetzt der ganze Erlös aus den Beiträgen der Bochumer Verbandsmitglieder in die Hauptkasse nach Stuttgart fließe, aus der E. besoldet werde. Der erste Straffenat des Kammergerichts, vor dem Rechtsanwalt Cohn den Angeklagten vertrat, verwarf die gegen das Urteil von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision mit der Begründung, daß das Rechtsmittel an den tatsächlichen Feststellungen scheitere.

**Ein neuer Verrat der Girsch-Dunderschen.** Wie wir der Verl. Volksztg. entnehmen, beschäftigte sich eine Versammlung der Vertrauensmänner und der Ortsvereinsauschüsse des Gewerkschaftsbereichs der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter mit den Differenzen bei Siemens u. Halske. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die heutige Vertrauensmännerkonferenz erklärt sich mit dem Verhalten der Gewerkschaftskollegen in den Siemens-Schuldert- und Siemens u. Halske-Werken einverstanden. Die Versammlung verurteilt das diktatorische Vorgehen des Führers des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegenüber den Gewerkschaftsvereinen und erklärt als Grundbedingung eines gemeinsamen Vorgehens bei Lohnbewegungen, daß der Gewerkschaftsbereich berechtigt zu den Vorberatungen hinzugezogen wird. Geschieht dies nicht, dann müssen die Beschlüsse, welche von andern Organisationen allein gefaßt worden sind, auch von diesen allein durchgeführt werden.“

Die Versammlung billigte also den Streifbruch der Girsch-Dunderschen bei Siemens u. Halske. Denn Streifbruch ist es und bleibt es, wenn ein Arbeiter gegen den Beschluß der Majorität seiner Kollegen die Beteiligung an einer Bewegung unterläßt. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob er der Organisation dieser Mehrheit, einer andern Organisation oder gar keiner angehört. Sonst hätte ja der Unorganisierte das Recht, den Beschluß der organisierten Kollegen außer acht zu lassen und an der Arbeitsstelle zu verbleiben, die diese verlassen. Wird dieses Weichen von der Organisation der Mehrheit sanktioniert, so handelt es sich dann eben um organisierten Streifbruch, um Arbeiterverrat allemal!

**Arbeiterriß.** In einem Steinbruche auf der Nordhalde in Gummersbach (Regb. Köln) verunglückten vier Steinbrecher beim Laden eines Schusses. Ein Vater von elf Kindern und dessen ältester Sohn wurden getötet, ein Bruchmeister schwer und ein Italiener leicht verletzt.

**Bekanntmachungen der Vertrauensleute.**

**Hodenan.** Der hiesige Kassierer Paul Hoffmann, der kürzlich gewählt wurde, ist nicht mit dem E. Hoffmann, der beim Streik 1899 Arbeitswilligendienste verrichtete, zu verwechseln. Um falschen Gerüchten die Spitze abzubreaken, werden die Kollegen ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen. Der Ortsvorstand.

**Reinheim.** Wir eruchen sämtliche Vertrauensleute, dem Steinmetz Valentin Metzler aus Reinheim die Aufnahme zu verweigern. Metzler ist schon 2mal in hiesiger Zahlstelle ausgeschlossen wegen grober Verstöße gegen Verbandsinteressen. Metzler ist nun abgereist und wird jedenfalls versuchen, die Aufnahme zu erlangen. Kraft, Vorsitzender.

**Riesa.** Diejenigen Kollegen, welche der Zahlstelle gegenüber noch Verpflichtungen haben, werden ersucht, diese bis zum 15. Dezember zu begleichen. H. Horn, Vorsitzender.

**Ulm.** Zugereifte Kollegen haben sich, bevor sie um Arbeit umschauen, bei Aug. Franl, Münsterbau, zu melden. Der Ortsvorstand.

**Adressen-Änderungen.**

**Braunschweig.** Vorsitzender: Aug. Meyer, Breite Str. 14.  
**Büchelburg.** Kassierer: Joseph Hermann, Ring 14.

**Quittung.**

**Eingegangene Gelder vom 5. bis mit 10. November 1906.**  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Krankens- und Erwerbslosensmarken, M. = Material. Ab. = Abonnement, Ers. = Erziehungsmarken, Ins. = Insuperate.)

Marktbreit, B. 46.—, E. 0.50, M. 0.80, K. 20.—; Mainz, B. 28.—, K. 1.90; Strahlen, B. 413.06, E. 4.50, K. 4.70; Würzburg, B. 13.88, K. 1.20; Hamburg II, B. 230.—, M. 0.30; Gensdorf, K. 1.—; Bensheim, B. 73.08, E. 0.25, M. 0.90, K. 3.10; Alt-Warthau II, B. 184.—, K. 10.—; Königshütte, B. 13.50; Gussow, B. 2.20; Osterburg, B. 5.—; Walbheim, B. 5.50; Herzberg, B. 3.—; Duisburg 17.— (Ergänzung); Bremen I, B. 230.—; Gießen, B. 65.95; Göttingen, B. 84.—, K. 6.—; Wittweida, B. 386.—; Obernheim, B. 184.—, E. 5.—; Raboltsell, B. 45.50, E. 3.—, K. 2.—; Reifenhäuser, B. 84.—, M. 0.80; Rehau, B. 74.76, E. 0.50, M. 1.40, K. 1.20; Sebnitz, B. 57.80, E. 3.—, K. 1.50; Wiesbaden, B. 184.—; Linzer, B. 168.—, E. 8.50, M. 0.80, K. 5.—; Neuenstein, B. 16.80, E. 3.—, M. 2.50, K. 3.70; Molsbach, B. 21.—, E. 1.50, K. 0.10; Meisen II, B. 180.79; Leipzig II, B. 276.—; Königs-Lutter, B. 69.—, E. 0.25, M. 0.40; Droyßig 50.— (?); Glauberg, B. 210.—, E. 2.50; Hoffeld, B. 11.—; Beilitz, B. 2.90; Stabe, B. 4.40; Wulsdorf, B. 15.—; Breslau, Ab. 0.90; Gräbäuser, B. 5.85; Gisleben, B. 2.20; Dessau, B. 2.80, K. 0.70; Demitz-Thumitz, B. 840.—, E. 17.50, M. 0.80, K. 4.90; Dresden, B. 500.—; Jena, B. 92.—, M. 2.80; Meß, B. 276.—, E. 4.—, M. 2.50; Regensburg, B. 8.10; Seußlen, B. 210.—, K. 5.—; Speier, B. 156.40, D. 4.25, Z. 2.—, M. 0.85; Seeburg, B. 51.98, M. 0.50, K. 1.80; Schopfloch, E. 8.—; Wildemann, B. 86.94, E. 4.—, K. 0.60; Zellerfeld, B. 51.98, M. 1.40; Beuthen, B. 36.—, E. 2.—, K. 0.40; Ottenböfen 253.— (?); Markt-Leuthen, B. 68.40, E. 0.50, M. 0.30; Kappelrodt, E. 5.50, K. 5.70; Kirm, B. 66.—, E. 5.50; Ebbau, B. 190.—, M. 0.80; Hörstel, B. 92.—; Töls, B. 1.95.

Ludwig Geiß, Kassierer.

**Briefkasten.**

**Hodenan, Hoffm.** Alte Bücher gelegentlich mit einsenden. — **Neuenstein.** Ausschüsse von Mitgliedern müssen beim Zentralvorstand unter Beifügung der Gründe beantragt werden. Sind letztere durchschlagend, dann erfolgt Bekannntgabe im Fachorgan. — **Bunzlau, Schulze.** Die Karte ist zu Unrecht abgenommen. Ist unter Beobachtung der statutarischen Vorschrift (20 Wochenbeiträge) die grüne Karte ausgestellt, berechtigt sie zum Bezug auf 45 Mk., unbekümmert darum, was im vorhergehenden Jahre bezogen. — **Rüthen, Schm.** Bericht abgelehnt. Zwei Seiten beschränken. — **Zur Beachtung für unsere Korrespondenten.** Aus Anlaß des Vuktages ist Redaktionschluss für die Nr. 47 am Montag, den 19. d. M., mittags.

**Anzeigen**

**Schreib-Diamanten** unter Garantie  
à 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.— Mk. Diamantwerkzeuge für alle Industriezwecke.  
**Friedrich Loeser, Karlsruhe i. Baden, Gerwigstrasse 35.**

**Zahlstelle Laufambolz.**  
Am Montag, den 19. November, abends, findet eine **Versammlung** statt, wo der Gauleiter **J. Mittenmeier** anwesend sein wird. Das Lokal wird den Kollegen noch bekannt gegeben.  
Zahlreiches Erscheinen wünscht Die Verwaltung.

**Zahlstelle Essen a. d. Ruhr.**  
Sonntag, den 18. November  
**Herbstfest**  
in der Borussia, Rotifstraße  
bestehend in **Konzert, Theater und Ball**  
Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pfg.  
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Festkomitee.**

**Tüchtige Marmor-Steinhauer**  
sofort gesucht.  
**B. Demonte u. Perini**  
Dresden-Fr., Cottaer Str. 11.

**Zur Laubsägerei**  
Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei liefert am billigsten sämtliche Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Maxdorf 35 (Pfalz).**  
Katal. über 2000 Abbildg. geg. 40 Pfg. in Briefm. franko. **Laubsägeholz** 1/2 per qm von 1 Mk. an.

**Spezialhaus für Berufskleidung**  
Eigene Anfertigung  
**Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen**  
**Jadett, Hosen**  
**Emil Keidel, Hamburg 6**  
Bartelsstraße 101.

**Sobelbandstahl** in vorzüglichster Qualität  
**Garte Steinhauerbleistifte**  
echt Rehbach'sches Fabrikat  
**Steinhauerbesen** mit und ohne Griff, aus bestem Material  
empfiehlt zu billigsten Preisen  
**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

**Albert Baumann**  
Aue (Erzgeb)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Sterbetafel.**  
(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)  
**Ludwigshafen II.** Am 4. November starb nach zweijähriger Krankheit unser Kollege **Karl Gram** im Alter von 50 Jahren an der Berufskrankheit.  
**Dresden.** Am 7. November starb unser Kollege, der Steinmetz **Heinrich Schelzig** im Alter von 45 Jahren an der Berufskrankheit.  
**Blagwitz-Löwenberg.** Am 6. November starb unser Kollege **Albert Jüttner** im Alter von 26 Jahren an der Berufskrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Siebold, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittengessell & Co.

## Das Urteil des Parteitag's über die Lokalorganisierten.

Wenn das Wort „Feinde ringsum“ irgendwie anzuwenden ist, so kann man es hinsichtlich der modernen Gewerkschaftsbewegung mit Recht sagen, wenn von der Bekämpfung dieser die Rede ist. Nicht allein, daß ihr natürlicher Gegner, das Unternehmertum, erstarrt und sich bei seinen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeiterbestrebungen des Schutzes, richtiger gesagt, der Parteinarbeit, der öffentlichen Gewalt verächtlich halten kann, erstreckt der Gewerkschaftsbewegung offenbar eine Gefahr aus den Reihen der Arbeiter selber, die, irreführt, es nicht erkennen können oder wollen, daß sie durch ihre Teilnahme an gewissen „Organisationen“ und ihr Verbleiben darin bewußt oder unbewußt Bestrebungen dienen, die der Arbeiterfrage aufs schwerste schaden; Bestrebungen, wie sie in den sogenannten „christlichen“, „Girsch-Dunderschen“ und vielen sonstigen Vereinigungen dieser Art hervortreten.

Die Girsch-Dunderschen Gewerkschaften, am Ausgange der sechziger Jahre von dem vor kurzem verstorbenen Dr. Max Girsch gegründet und — im Gegensatz zur Sozialdemokratie — sich ganz im Fahrwasser der ehemaligen Fortschrittspartei bewegend und daher auf der Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit beruhend, sind, abgesehen von einigen örtlichen Bewegungen, im Laufe der Zeit hinsichtlich des Kampfes zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter immer mehr zu unsicheren Kantontisten geworden, bis sie in den jüngsten Tagen offenbar beim Verrat der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung angelangt sind. Wenigstens gilt das von einem Teile der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften. Das Bekanntheitwerden des vertraulichen, aber zur öffentlichen Kenntnis gekommenen Schriftstücks der Düsseldorfer Zeitung an den Generalrat des Gewerkschafts wird wohl zur Folge haben, daß sich nur noch selten Arbeiter bereit finden lassen werden, den Girsch-Dunderschen Gewerkschaften als Mitglieder beizutreten.

Nicht besser liegt die Sache bei den sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften, die von den Führern der Zentrums-Partei gegründet und gefördert wurden, zu dem Zweck, der Ausbreitung der Sozialdemokratie nach Möglichkeit Abbruch zu tun. Auch die Mitglieder dieser Gewerkschaften haben mehrfach, namentlich in Köln und anderen Orten von Rheinland und Westfalen, gegen ihre eignen Klassen-Genossen, die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, verräterisch gehandelt. Bei dem Anschein von Religiosität, den diese „Christen“ sich geben, und bei dem tiefen Stand der Volksbildung, namentlich in gewissen Gegenden Deutschlands, sind die Arbeiter mehr oder weniger der Gefahr ausgesetzt und erliegen ihr auch zuweilen, den Schülern von München-Gladbach ins Garn zu laufen, und nicht immer ist ihr ausprophetischer Gegensatz zur Sozialdemokratie ein Schutzmittel hiergegen.

Ganz anders sind die Ziele und die Mittel und Wege hierzu bei den „Lokalisten“ (welch eine wunderbare „Bereicherung“ unfreier deutschen Wortschätze), d. h. bei den Anhängern und Förderern der lokalen Gewerkschaften, zu beurteilen. Wenn die Girsch-Dunderschen und die „christlichen“ Gewerkschaftsführer die sozialdemokratischen Bestrebungen perhorreszieren, so tun die Lokalorganisierten das Gegenteil davon, sie renommierten mit ihrer sozialistischen Gesinnung; sie sind sogar die Ultras unter den Sozialisten, die Anarcho-Sozialisten. Das hindert sie aber durchaus nicht, die Zersplitterung in der Arbeiterbewegung ebenso lebhaft zu betreiben, wie ihre politischen Antipoden. Das ist das Bedenkliche bei der Sache. So lange nur diese wunderlichen Heiligen und unklaren Köpfe Großstabilität atmeten und daheim den lahmen Klepper des Dr. Friedberg'schen Anarcho-Sozialismus tummelten, konnte man sie gewähren lassen, trotzdem sie den auf die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter gerichteten Bestrebungen der Zentralverbände, namentlich im Baugewerbe, in einer Weise hindernd in den Weg traten, für die die Bezeichnung Verrat nicht minder zutreffend ist, wie bei den „christlichen“ und sonstigen „Arbeiterfreunden“.

Die Agitation der Herren von der Freien Vereinigung der Gewerkschaften wächst sich aus. Sie sind derart vom Arbeiterbeglückungswahn befallen, daß sie das dringende Bedürfnis fühlen, ihr Recht auch in der Provinz leuchten zu lassen. Sie meinen offenbar: „Schon brennt es in den Städten so licht, so frack und frei, drum glaubt man, daß 's vorwärts auch in den Dörfern sei.“ Natürlich suchen sie sich bei ihrem Vorhaben solche Gegenden aus, wo „noch was zu machen“ ist, d. h. wo es den freien zentralorganisierten Gewerkschaften leider bis jetzt noch nicht gelungen ist, ihren Einfluß auf die Arbeiter und damit auf die Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse auszuüben. In Oberschlesien zum Beispiel, wo die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bemüht war, erst einmal den Stamm zu einer gewerkschaftlichen Bewegung zu legen, was ihr mit leidlichem Erfolge gelang, betätigten sich auch die Lokalorganisierten in ihrer „Aufklärungsarbeit“, und zwar so, daß die Saat des Mißtrauens gegen die Führer der freien Verbände lüppig ins Kraut schießen kann, wenn es den Anarcho-Sozialisten e tutti quanti gelänge, erfolgreich ihr Geschäft zu betreiben.

Das ist es auch gewesen, was den Parteitag in Mannheim veranlaßt hat, sich wieder einmal, wie in Lübeck, mit den „Lokalisten“ zu beschäftigen. Außer einigen Delegierten, die ganz richtig meinten, daß den Quertreibereien dieser Leute ein Ende gemacht werden müsse, weil ihr Kampf sich mehr gegen die eignen Klassen-genossen als gegen den Kapitalismus richte, und es verurteilten, daß der Vorwärts diesen Zwitterorganisationen die Spalten geöffnet und hervorragende Parteigenossen ihnen sogar Vorträge gehalten hatten, war es der Reichstagsabgeordnete v. Elm, der über die Lokalorganisierten seine Meinung in den folgenden Worten aussprach: „Als direktes Verraten an der Arbeiterbewegung muß ich es bezeichnen, wenn diese Leute nicht nur ihre Tätigkeit auf die Großstädte beschränken, sondern nach Oberschlesien, Rheinland und Westfalen gehen und die rüdeste Agitation gegen die Parteileitung betreiben. In Oberschlesien hat die Generalkommission mit großen Kosten Stützpunkte für die Arbeiterorganisation geschaffen. Dorthin kommen nun diese Leute und suchen gerade jetzt, wo der Kampf für die Gewerkschaften ohnehin schwer ist, Zersplitterung hervorzurufen. Und wenn man ihre Agitation ansieht, so ist sie nichts weiter, als ein Schimpfen auf die „Zentralverbände“.

Aus dem Umstande, daß der Parteitag viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Gewerkschaftsführer in seiner Mitte hatte, die ebenfalls davon überzeugt waren, daß es in der bisherigen Weise nicht weitergehen kann, erklärt es sich und ist es zu begrüßen, daß die folgende Resolution eingebracht wurde, die wohl als der Ausdruck der Stimmung zu betrachten ist, wie sie in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder der Zentralverbände besteht und folgenden Wortlaut hat:

Weil die unter gewerkschaftlicher Firma auftretenden politischen Zwitterorganisationen, genannt „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, sich immer bewußter in den Dienst anarcho-sozialistischer Propaganda und Ziele gestellt haben,

weil ferner diese Organisationen entgegen den Beschlüssen der Parteitage der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, welche der Arbeiterschaft die gewerkschaftliche Organisation in Zentralverbänden empfehlen, die gewerkschaftlichen Zentralverbände fortgesetzt in der gehässigsten Weise bekämpfen,

weil ferner diese Organisationen im offenen Gegensatz zu den Beschlüssen sozialdemokratischer Kongresse den anarcho-sozialistischen Generalstreik propagieren und überdies durch eine besondere Wenderung ihres Organisationsprogramms die anarcho-sozialistische Agitation direkt gefördert haben,

und weil die Vorstände dieser „Freien Vereinigungen“ interne Beratungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission über das Verhalten bei politischen Massenstreiks — die schon aus Gründen der Parteistrategie geheim bleiben mußten — in der Einigkeit veröffentlichen und dadurch die Partei zum Gegenstand

allgemeiner Angriffe gemacht haben, wiederholt der Parteitag die Resolution des Lübecker Parteitags:

Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektierung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Latenzen entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenagitation betreibt, verstößt wider das vorentwickelte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten verharren,

und erklärt daß diese anarcho-sozialistischen Vereinigungen keinerlei Gemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung haben und daß jede Mitarbeit von Parteigenossen in diesen Vereinen, Versammlungen und Propagandaorganen unvereinbar mit der Förderung der Partei ist. Den anarcho-sozialistischen „Freien Vereinigungen“ ist die Parteipresse zu schließen und sind die Redaktionen verpflichtet, der anarcho-sozialistischen Propaganda und Organisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Diese Resolution wurde in längerer Rede durch den Reichstagsabgeordneten v. Elm begründet, wobei den Lokalisten nichts geschenkt wurde. Allein der Parteisekretär Abg. Mollenhuth erhob gegen die Annahme der Resolution Bedenken und meinte, sie verstieße gegen das Parteistatut; dieses biete nicht die Möglichkeit, diese Leute aus der Partei auszuschließen. Er legte statt dessen eine Resolution vor, die der Parteivorstand eingebracht hatte, die im Vergleich zur ersten eine Abschwächung enthielt und folgendermaßen lautete:

In den in den Freien Vereinigungen deutscher Gewerkschaften verbundenen Organisationen treten bedauerlicherweise immer bewußter Tendenzen hervor, die diese Organisationen in den Dienst der anarcho-sozialistischen, die deutsche Sozialdemokratie geflissentlich bekämpfenden und schmähenden Bewegung stellen, ja, die eine anarcho-sozialistische Agitation gegen die Partei fördern wollen. Und da durch dieses Treiben auch die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisationen aufs schwerste geschädigt wird, erklärt der Parteitag:

Die anarcho-sozialistischen Bestrebungen, wie sie in den lokalorganisierten Gewerkschaften sich geltend machen, sind unvereinbar mit den Zielen und Interessen der Sozialdemokratie. Die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung auf das entschiedenste zu bekämpfen und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese anarcho-sozialistischen Bestrebungen eintreten und für sie agitieren, aus ihren Reihen auszuschließen. Diejenigen Parteigenossen, die in den lokalen Gewerkschaften organisiert sind, erucht die Parteileitung, in Uebereinstimmung mit der Resolution des Lübecker Parteitags, sich den zentralorganisierten Gewerkschaften anzuschließen.

Nun trat etwas hervor, was man nicht erwarten sollte, nämlich, daß sich Leute fanden, die lokalorganisierten Quertreiber in Schutz zu nehmen.

Der Abg. Rubel meinte allen Ernstes, die Annahme der Resolution des Parteivorstandes führe dazu, die „besten Parteigenossen“ in Berlin aus der Partei auszuschließen. Gleichen Sinnes war auch der Abg. Ledebour, der die Lokalisten unter seinen Schutz stellte. Auch Rosa Luxemburg wollte in diesem Punkte nicht fehlen. Sie war nach Kräften bemüht, die Resolution des Parteivorstandes zu Fall zu bringen, indem sie in längerer Rede ausführte: „Ich finde es unverantwortlich, wenn hier die Partei gewisse Maßnahmen als Aushütze gegen eine bestimmte Gruppe von Gewerkschaftlern gebraucht werden soll, daß wir uns innerhalb der Parteireihen Kauf und Zwist auf den Hals laden sollen. Es ist doch kein Zweifel, daß unter den lokalorganisierten sehr viele brave Parteigenossen sind, und es wäre unverantwortlich, wenn wir, um den Gewerks-

## Der Geschworene.

Mag Ederweiler strich vor dem Spiegel behaglich seinen grauen Vollbart, den er, in der Mitte auseinander gesäumt, in einer aparten Form trug und sorgsam pflegte. Seine schöne große Gestalt hatte, obgleich er die fünfzig schon überschritten, ihre gute Proportion behalten, er war immer noch das, was man einen schönen Mann nennt und war sich dessen wohlbewußt. Die Familie stand feil auf. Es war erst halb neun Uhr, aber Ederweiler hatte sein Frühstück schon genossen. Seine Frau sah noch am Kaffeetisch. Eine füllige Gestalt im sauberen, adretten Morgenkleid, das hellblonde Haar unter dem Morgenhäubchen aufgesteckt und mit der Miene behaglicher Zufriedenheit ihre Schokolade löffelnd. Dabei las sie die Romanfortsetzung, die ihr Spaß machte, ohne daß die Schicksale der Helden sie sonderlich aufregten.

Als sie zu Ende war und aufblickend ihren Mann noch immer vor dem Spiegel erblickte, sagte sie mit einem halb mütterlichen Lächeln:

„Ja, ja; noch immer der schöne Mag! Du wirst nicht älter!“

Es klang wie ein ganzes kleines bischen Reiz aus ihren Worten.

„Will ich auch nicht!“ lachte er, „du weißt doch, Mutter, ich habe nun mal die verdrehte Idee, daß ich nicht sterben werde! Gewiß, alle Leute sterben, aber bei mir, da muß die Sache halt machen!“

Sie lachte auch. Aber plötzlich wurde sie ernst, ihre großen blauen, nicht eben ausdrucksvollen Augen blickten, als sähen sie häßliche, unangenehme Dinge, und sie sagte, in einer begreiflichen Folgerung seiner Idee: „Und du meinst, Mag, daß ihr den armen Menschen heute wirklich verurteilen werdet?“

Er verstand nicht gleich, dann sagte er, auch ernst, aber scheinbar absichtlich in gleichgültiger Zone:

„Ach was, armer Mensch! Du meinst doch den Birker? Na, das ist doch ein gemeiner Mordeländer! Weiter gar nichts!“

„Aber du sagst doch selbst, Mag, es ist ihm nichts zu beweisen?“

„Direkt nicht, das ist wahr! Aber indirekt! Dafür gibt es doch einen Indizienbeweis! Sonst brauchte man ja gar keine Zeugenanzufagen! I see, see, da ist gar kein Zweifel, der ist es gewesen!“

Sie schien sich überzeugen zu lassen: „Also, du meinst wirklich, daß er der Täter ist, Mag? Na, freilich, dann . . . straflos ausgehen darf natürlich so einer nicht! Wohin sollte denn das führen . . .“

Es klingelte draußen. Beide hochten unwillkürlich hinaus. Dann kam Frida, die jüngere Tochter, die einzige von dreien, die noch unverheiratet war, hinein. Sie war ein Bild von einem Mädchen, blond und rosig, wie die Mutter, und von einem Schmuck, einer Zartheit der Haut und der Farben, die jeden entzückte.

Ihre tiefblauen Augen auf den Vater richtend, sagte sie mit ihrer sanften Stimme:

„Papa, eine Frau möchte dich sprechen!“

„Wer denn?“

„Das junge Mädchen suchte die runden Wästel!“

„Ich weiß nicht, Papa.“

„Na, wie sieht sie denn aus, ist es eine Dame?“

Frida schüttelte den Kopf:

„Nein, ich glaube nicht . . . sie macht den Eindruck, als ob sie arm wäre.“

„Ach, dann geh, mein Kind, und sage ihr, ich habe jetzt keine Zeit.“

Und sich entschuldigend setzte er hinzu:

„Um zehn Uhr muß ich auf dem Gericht sein! Es ist überhaupt ein Zufall, daß ich jetzt noch hier bin . . .“

Die Blondine wandte sich abgerückt und ging. Hinter ihr her flogen die Augenpaare der beiden Eltern und begegneten sich und sagten:

„Ist sie nicht Bezaubernd?! Gibt es etwas Höflicheres und Lieblicheres?“

Aber die Kleine kam gleich wieder, Angst und Besorgnis auf dem jungen Gesicht. Und hastig sagte sie: „Die Frau will nicht

gehen! Sie sagt, sie warte vor der Tür, bis du raus kommst. Papa! Nur eine Minute will sie dich sprechen, aber es muß jetzt gleich sein, Papa! . . . Was soll ich ihr denn sagen?“

Und die Augen des vergötterten Kindes baten so, daß dem Vater keine Wahl blieb.

„Na, dann führe sie in mein Arbeitszimmer, Fridchen! Aber wahrhaftiger Gott, man hat doch auch keinen Moment Ruhe!“

Er zupfte rasch Kragen und Schlips zurecht, strich den lockerten Bart noch einmal gerade und ging dann, sich einen Schwung in die Taille gebend, mit elastischen Schritten durch den Salon in sein Arbeitszimmer.

Dort stand eine Frau von vielleicht vierzig Jahren. Sie hielt das Umflogeluch, mit dem sie an diesem kalten Wintertage die nur in einer dünnen Mattenblase stehenden Schultern schützte, fest mit ihren abgemagerten Händen zusammen. Das nussbraune Haar auf dem bloßen Kopf war noch voll und hing ihr im schäblichen Knoten im Nacken, aber sonst war alle Schönheit, die dies Gesicht einst besessen haben mochte, längst dahin. Angst, Sorge, Not und viele Tränen stritten um den größten Platz in diesem Angesicht.

„Womit kann ich dienen?“ fragte der Fabrikant.

Die Frau antwortete nicht, sie weinte nur leise vor sich hin, ab und zu aufschluchzend und mit ihrem Tuch über die Augen fahrend.

Etwas ungeduldig wiederholte er seine Frage.

Da sagte sie, mitten im Weinen, nur ein Wort, ganz leise:

„Mag!“

Er suchte zusammen. Aus einer fernen, fernen Erinnerung klang es herüber zu ihm, aber er fand sich noch nicht zurecht in jenen lang vergessenen Wegen, an denen er einst so manche Blume gedrohen hatte . . .

Und die Frau weinte und weinte.

„Wer sind Sie denn?“ fragte er stotternd.

„Anna Birker.“ schluchzte sie.

Da war er so klug wie zuvor. Aber plötzlich fiel es ihm ein: von der kleinen Anni hatte er ja ein Kind gehabt, sogar einen Jungen! So oft hatte er sich später einen gewünscht . . .

schaften zu dienen, den Zwist in unsere Reihen hincintragen. Wenn wir die Anarcho-Sozialisten, wie der Parteivorstand vorschlägt, aus der Partei direkt ausschließen, so geben wir damit ein trauriges Beispiel dafür, daß wir nur Energie und Entschlossenheit finden, um unsere Partei nach links abzugrenzen, daß wir nach rechts aber die Tore nach wie vor sehr weit offen lassen.

Die Beforgnis vor dem Zuge nach rechts, wie es einige oder manche zu befürchten scheinen, ist so lange unbegründet, als die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Gegenwartstaates die Sozialdemokratie in die Opposition drängen. Verhältnisse, denen die sozialistische Bewegung ihre Entstehung überhaupt verdankt. Von einem Zuge nach rechts kann man auch nicht sprechen, wenn die Gewerkschaften den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen müssen, oder wenn sie im Interesse der Aufrechterhaltung ihres Bestandes und ihrer weiteren Ausbreitung dem Treiben der Lokalorganisierten zu steuern suchen, auch wenn diese sich noch so sehr als Parteigenossen gerieren.

Von Wert scheint es uns zu sein, noch das anzuführen, was der Genosse Bebel auf dem Parteitag in der Sache sagte: Wenn irgendwie auf dem Parteitag der Glaube vorhanden sein sollte, daß der Parteivorstand irgendwelche Sympathien nach irgendwelcher Richtung mit den Lokalistern habe oder ihnen irgendwie eine moralische oder sonstige Unterstützung in ihrem Treiben habe angedeihen lassen, so ist das eine durchaus falsche und irriige Meinung. Wenn wir das getan hätten, hätten wir in schwerer Weise die Parteiinteressen verlehrt. Wie der Parteivorstand und die einzelnen Mitglieder desselben über diese lokalistische Organisation denken, ganz abgesehen von dem anarcho-sozialistischen Charakter, den sie erst in den letzten Jahren angenommen haben, das haben wir wiederholt in Resolutionen und Erklärungen zum Ausdruck gebracht. Wir sind einstimmig der Ansicht, daß eine lokalistische Organisation vom Standpunkte der heutigen ökonomischen und sozialen Entwicklung einfach ein Nonens ist, daß, wenn die Arbeiterklasse Erfolge im Kampfe gegen den Kapitalismus erringen will, es des Zusammenfassens aller Kräfte bedarf. Es war und ist das immanente Gesetz der Entwicklung, daß alles auf Konzentration hinausläuft. Wir sehen die gewaltige Entwicklung des Großkapitals, wir sehen diese Gestaltung des ökonomischen Entwicklungsprozesses innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in allen Staaten der Welt, in denen moderne Kultur und damit moderne Industrie vorhanden ist; wir sehen, wie die Unternehmer sich organisieren. Wie man angeht, einer solchen Entwicklung und einer solchen Macht der Unternehmer gegenüber der Arbeiterklasse durch lokalorganisierte Gewerkschaften etwas ausrichten zu können glaubt, das versteht, wer mag. Jedenfalls ist der Parteivorstand und die Partei in ihrer großen Mehrheit der Meinung, daß diese lokalistischen Gewerkschaften vollständig ohnmächtig sind, die Aufgaben der Arbeiterklasse zu erfüllen.

Die Debatte auf dem Parteitag war insofern ergebnislos, als eine Resolution angenommen wurde, die den Vorstand der Partei berechtigt, in Gemeinschaft mit der Generalkommission eine Lösung in der Sache herbeizuführen, wenn sich die Lokalisten nicht bessern und bekehren. Befehrend über die Lokalorganisierten kann die Parteitagssdebatte für die Arbeiter schon sein, ob sie es aber für die Lokalorganisierten sein wird, steht noch sehr dahin.

## Bur Bekämpfung der Tuberkulose.

Ueber den Erfolg der Heilstättenbehandlung Lungenkranker in Charlottenburg in den 5 Jahren von 1901 bis 1905 hat der leitende Arzt der städtischen Fürsorgestelle für Lungenkranke in Charlottenburg, Dr. Beder, Bericht erstattet. Der Bericht zeigt, daß die Erfolge der Behandlung bei den in die Heilstätten überwiesenen Männern, Frauen und Kindern wesentlich verschieden waren. Von den in den vier Jahren 1902 bis 1905 den Heilstätten überwiesenen 197 Kindern starb in dieser Zeit keins, aber nur bei wenigen von ihnen, nämlich nur bei 42 oder 21,3 Proz. wurde ein Vollerfolg erzielt, trotzdem ein Teil derselben, 33, mehrere Male in die Heilstätten entandt wurden; die meisten erreichten nur einen teilweisen Erfolg. Als Ursache dafür gibt Dr. B. das bei den tuberkulösen Kindern vielfach gleichzeitige Vorhandensein von Skrophulose an. Von den in den 5 Jahren von 1901 bis 1905 den Heilstätten überwiesenen 215 Frauen und 220 Männern starben während dieser Zeit 19 Frauen und 42 Männer. Die Sterblichkeit war also bei den überwiesenen Männern doppelt so groß wie bei den Frauen. Es kann wohl nicht zweifelhaft sein, meint Dr. B., daß dieser große Unterschied in den Er-

folgen bei Männern und Frauen zurückzuführen ist einmal auf die größere körperliche Anstrengung der Männer bei der wieder aufgenommenen Arbeit. Dann trage aber auch der stärkere Alkoholgenuß bei Männern dazu bei, die Widerstandsfähigkeit des Organismus erheblich herabzusetzen. Bei den Frauen ist die Zahl der noch teilweise Erwerbsfähigen größer als bei den Männern. Sie betrug bei den Frauen 98 und bei den Männern nur 74. Dagegen ist die Zahl der voll Erwerbsfähigen bei den Männern größer als bei den Frauen, bei ersteren betrug sie 118 und bei den Frauen 101. Daß aber diese Wiedererlangung der vollen und der teilweisen Erwerbsfähigkeit namentlich bei den Männern keine dauernde ist, zeigen die späteren Untersuchungen der im Jahre 1901 bei ihrer Entlassung aus den Heilstätten von den überwiesenen 23 Männern bei 21 wieder eine volle oder teilweise Erwerbsfähigkeit festgestellt werden konnte, besaßen von ihnen nach vier Jahren eine solche nur noch 14, 7 waren inzwischen gestorben. Von den 1901 in Heilstätten aufgenommenen Frauen besaßen bei ihrer Entlassung 21 die volle oder teilweise Erwerbsfähigkeit, aber auch nach vier Jahren noch 19; gestorben waren nur 3.

Dabei sind vielleicht die in den Heilstätten unter Charlottenburgern erzielten Erfolge noch günstiger als im ganzen Deutschen Reiche. Denn von den in ganz Deutschland einer dreimonatigen Kur in Heilstätten unterzogenen Personen konnten nach dieser wohl 73 Proz. zu dem alten Berufe zurückkehren, und 7 Prozent konnten noch in einem anderen leichteren Berufe tätig sein. Aber bei den Untersuchungen nach drei Jahren wurde festgestellt, daß nur noch 29 Proz. ganz oder teilweise arbeitsfähig und 57 Proz. schon verstorben waren. Daß der Dauererfolg bei den Charlottenburger Patienten der Lungenheilstätten nicht ganz so minimal war, mag der weiteren Fürsorge zu danken sein, die ein Teil der Patienten nach ihrer Entlassung aus den Heilstätten in der nachträglichen Aufnahme in die Erholungsstätten und der Gewährung von guter Milch dort fanden.

Die relativ günstigen Ergebnisse sind allerdings auf die bedauerliche Erscheinung zurückzuführen, daß auch in Charlottenburg jetzt mehr als in den ersten Jahren darauf gesehen wird, daß Personen, die sich schon in einem vorgerückten Stadium der Krankheit befinden, nicht in die Heilstätten geschickt werden. Diese vielfach zu beobachtende Praxis wird damit begründet, daß der Erfolg der Heilstättenbehandlung bei den in einem vorgerückteren Krankheitsstadium Befindlichen ein außerordentlich geringer ist. Diese Tatsache selbst kann ohne weiteres zugegeben werden. Sie rechtfertigt aber nicht die immer üblicher werdende Zurückweisung der in höherem Grade Kranken, sollte vielmehr dazu Veranlassung geben, diese besonders des Schutzes Bedürftigen länger einer Heilbehandlung zu unterziehen. Das fordert ein von rein finanziellen Rücksichten losgelöster Zweck der Heilbehandlung, insbesondere im Interesse der Allgemeinheit. Die Heilstättenbehandlung soll nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck der Bekämpfung der Lungenkrankheiten sein.

Dr. Beder teilt zum Zweck der Ermittlung der Wirkung der Heilstättenbehandlung die Patienten nach dem Befunde bei ihrer Aufnahme in die Heilstätten in drei Gruppen ein: 1. solche, die sich noch im Anfangsstadium der Krankheit befinden, 2. solche, die weiter vorgeschrittene Prozesse der Erkrankung zeigen und 3. solche, bei denen schon ganz erhebliche Teile der Lunge durch die Lungenkrankheit zerstört sind. Von den im Jahre 1901 in die Heilstätten aufgenommenen Charlottenburger Patienten erwiesen sich bei der Aufnahmeuntersuchung 31 als im ersten, 8 als im zweiten und 8 als im dritten Stadium der Krankheit befindlich. Von den 31 bei der Aufnahme im ersten Stadium Befindlichen waren nach vier Jahren noch 16 voll, 14 teilweise und 1 nicht mehr erwerbsfähig. Von den 8 bei der Aufnahme im zweiten Stadium Befindlichen waren nach vier Jahren noch 3 teilweise und 3 nicht mehr erwerbsfähig und 2 waren inzwischen gestorben. Von den 1901 im dritten Stadium der Krankheit aufgenommenen 8 Kranken waren nach einem Jahr schon 4 und nach drei Jahren alle 8 gestorben; obgleich zwei derselben wiederholt der Heilstättenbehandlung teilhaftig wurden. Dies Ergebnis legt es nahe, Tuberkulose möglichst vor dem dritten Stadium einer Heilstätte zu überweisen. Es rechtfertigt aber ebensowenig wie andere Resultate, die sich auf eine gewisse Zahlenreihe erstrecken, die seit zwei bis drei Jahren vielfach beobachtete Praxis, die im dritten Stadium der Krankheit Befindlichen „zur Verminderung unnützer Geldausgaben“ nicht mehr in die Heilstätten zu schicken. Man läßt sie vielfach in ihren Familien, wodurch sie die sicherste

Veranlassung zur Weiterverbreitung der Krankheit werden. Nebenfalls sollte man um so weniger zögernd und sparsam mit der sofortigen Ueberweisung der Tuberkulösen an die Heilstätten sein, so lange diese sich noch im ersten oder wenigsten im zweiten Stadium der Krankheit befinden. Denn da hat die Heilstättenbehandlung noch ersichtlichen Erfolg gehabt, nicht nur bei den 1901 in die Heilstätten Gefandten, sondern auch bei den in den folgenden Jahren dahin Gefandten, von denen die im ersten Stadium Befindlichen zum größten Teile wieder volle oder wenigstens wieder teilweise Erwerbsfähigkeit erlangten, während die im dritten Stadium Befindlichen trotz der Behandlung bald starben.

Es ist unter allen Umständen eine sehr schlecht angeordnete Sparsamkeit, mit der Ueberweisung der Lungenkranken an die Heilstätten so lange zu warten, bis die Krankheit bei ihnen in das dritte Stadium getreten ist. Und wenn die vorhandenen Heilstätten zur rechtzeitigen Aufnahme aller nicht ausreichen, so hätte man längst schon für Errichtung weiterer Heilstätten sorgen sollen. Das wäre nicht nur aus humaner Rücksicht, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen eine zweckmäßigere Ausgabe gewesen, als die für manches teure Denkmal usw.

Am Schlusse seines Berichtes bemerkt Dr. B. sehr richtig, daß eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose durch Entsendung der Lungenkranken in Heilstätten allein nicht möglich sei; wenn nicht daneben Maßregeln zur Verhütung der Weiterverbreitung getroffen würden, durch die die Umgebung, besonders die Kinder, vor Entsendung und nach Entlassung der Patienten aus den Heilstätten sehr gefährdet seien. Dr. B. hat dabei wohl in erster Linie die Beseitigung schlechter und ungenügender Wohnungen vieler Patienten und Ersatz derselben durch gesunde und ausreichende im Auge. Er könnte hinzufügen, daß dazu ebenso notwendig die Beseitigung der Grenzsperrre und der Schutzzölle ist, die eine ausreichende Ernährung der breiten Schichten der Bevölkerung verhindern.

Es ist eine durchaus irriige Ansicht, von der der besprochene Bericht sich fernzuhalten scheint, als sei die heutige kurze Heilstättenbehandlung zur Bekämpfung der Tuberkulose genügend. Der Heilstättenaufenthalt kann nur vorübergehend bessern. Entbehrt der Kranke nach der Entlassung aus der Heilstätte guter Luft oder guter Nahrung und gelangt gar in dieselbe gesundheitschädigende Wohnung oder Beschäftigung, wie vordem, so kann der gewonnene Erfolg nur ein sehr geringer sein. Gute Nahrungshygiene und gute Sozialpolitik sind bessere Heilfaktoren als alle Heilstätten und Kurmethoden zusammen genommen. Freilich sind damit Grenzsperrren, Schutzzölle und Kampf gegen das Koalitionsrecht unvereinbar.

## Zur Beachtung für die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter.

Der Verband der Fragebogen für die Kontrolle der Bauten in diesem Monat hat begonnen. Deshalb werden die Vertrauenspersonen, welche bis zurzeit bei dem Unterzeichneten noch keine Angabe über die Zahl der benötigten Fragebogen gemacht haben, aufgefordert, darüber umgehend Mitteilung zu machen. Die Kontrolle soll sich über alle Orte erstrecken, wo baugewerbliche Arbeiter organisiert sind und Bauten im November ausgeführt werden.

Mit Gruß  
J. A.: G. Seinke,  
Samburg 7, Befenbinderhof 56, 2. Et.

## Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Mannheim ist soeben in der Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe gelangt. Die Verhandlungen haben in allen Kreisen der Arbeiterklasse das lebhafteste Interesse geweckt und sind die Referate Bebels und Legiens über den politischen Massenstreik, sowie die sich daranknüpfenden Debatten von außerordentlicher Wichtigkeit für jeden Parteigenossen. Lebhaftestes Interesse beanspruchen auch für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Debatten über Lokal- oder Zentral-Gewerkschafts-Organisationen. Das Protokoll enthält ferner die Verhandlungen über: Der internationale Kongreß 1907 — Sozialdemokratie und Volkserziehung — Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug, ferner die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, sowie die Verhandlungen der 4. Frauenkonferenz. Das 48 Seiten starke Protokoll kostet broschiert 1 Mk., in braunem Pappband kartoniert 1.25 Mk., in dauerhaftem Leinwandband 1.50 Mk.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 6. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Komische Tiraden. — Der Partektag von Rom von Oba Nberg (Rom). — Ist der neue Buchdrucker ein Fortschritt oder nicht? Von S. Nachhaus. — Nochmals der neue Buchdrucker. Eine Entgegnung von R. Kautsky. — Die französische Presse in den ersten Jahren der großen Revolution. Von Heinrich Cunow. (Fortsetzung.) — Literarische Rundschau: Heinrich Laubes ausgewählte Werke in zehn Bänden. Von Hermann Wendel. — Notizen: Nochmals die Internationale über die Gewerkschaften. Von H. Saliter-Reuporf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

## An die Schriftführer und Mitarbeiter des Fachblattes.

1. Beschreibe das Papier bloß auf einer Seite. Die Schriftzeilen sind weit auseinander zu halten.
2. Gebe den Verfassungsbericht am Tage nach der Versammlung schon an die Redaktion ein, schreibe aber, sobald es sich um Kritiken handelt, nur dasjenige, was vor Gericht jederzeit bewiesen werden kann.
3. Wird ein gediegenes Referat gehalten, dann kann der Bericht in der Fachzeitung auch etwas ausführlicher sein.
4. Wird ein Tarif abgeschlossen, so sind die wichtigsten Bestimmungen im Fachblatt zu publizieren; insbesondere ist in Zahlen auszudrücken, welche Lohnzulage erreicht wurde.
5. Ueber Gewerbegerichtsentscheidungen, die unsere Berufsgenossen interessieren, ist schnellstens an die Redaktion zu berichten.
6. Hat ein Kollege das Zeug, selbständige Artikel zu schreiben, so fasse er sich kurz und bündig, jede unnötige Einleitung ist wegzulassen. Ein Artikel, der mehr als 10—15 Seiten im Manuskript oder zwei Spalten in der Zeitung enthält, wird von den Mitgliedern nicht mehr mit dem nötigen Interesse gelesen.
7. Jeder schreibfähige Kollege soll Mitarbeiter an seiner Fachzeitung sein, die Gauleiter und Lokalbeamten aber in erster Linie.

und damals . . . damals hatte sein Vater die Sache mit tausend Talern ein für allemal bot gemacht. Und nun war sie wieder da, die Person . . . peinlich! Sehr peinlich!

Wenn nur seine Frau nichts merkte! Nebenbei wunderte er sich über sich selber, daß er so gar nicht mit dem armen Weibe mitfühle . . . aber sie war ihm total gleichgültig. Die fortwährenden Tränen ärgerten ihn sogar.

„Ich komme wegen Fritz!“ sagte sie, dabei wie ein kleines Kind schludend.

„Aha,“ dachte er, „das ist der Junge!“  
„Sie sind doch Geschworener?“ Sie sah ihn aus ihren geröteten Augen angstvoll an.

Da kam ihm eine schreckliche Ahnung. Er wurde blaß . . . Und die Mutter, von der jammervollen Angst um ihr Kind und von der Scham wegen eines solchen Kindes hin- und hergerissen, nickte nur leise und sagte dann, zum erstenmal ohne Tränen, als sei sie selbst zum Weinen zu müde, mit matter Stimme:  
„Ja, er ist es . . .“

Sie schwiegen beide. Er bewegte nervös die Lippen, machte hastige, schnelle Bewegungen und schüttelte den Kopf, als vermüde er seine Gedanken wieder, und sagte, während eine heiße Trockenheit in seiner Kehle würgte, in abgerissenen Worten:  
„Na . . . sage mal . . . wie . . . wie . . . ist denn das gekommen?“

Er wollte fester reden, weil er selbst das Zittern in seiner Stimme hörte, aber die Angst, das Entsetzen griff immer stärker herüber aus dem Mutterherzen in seine Brust hinein, die voller Grauen war, daß solch ein Mensch sein Kind sei . . . Und fern, fern her hämmerte es da hinein, in sein Gewissen, wie es Erkennen einer eigenen, schweren Verschuldung. Da flüsterte etwas in ihm und raunte: „Dein Kind! . . . Dein Sohn! . . . Den du hast verkommen und verderben lassen!“

Und plötzlich rief es die Frau vor ihm danieder: „Daß ihn nicht verurteilen! Daß ihn wenigstens leben . . .“  
„Um Gottes willen schrei doch nicht so.“ Er hielt ihr die Hand auf den Mund. Und da fühlte er, wie die erste Träne über seine Wange rann. Aber er dachte auch an Frau und

Tochter, was sollten denn die denken, wenn sie die Frau da so schreien hörten!

Die hatte jetzt Worte gefunden: sie sprach unaufhörlich, mit den tausend Jungen der Mutter, die ihr Kind erretten will.

„Nie hätte sie ihn aufgesucht! Nie! Niemals! Aber jetzt, wo sie keinen Menschen auf der Welt weiter hätte, als den einen! . . . Und wenn er sie zehnmal geschlagen hat, der Fritz! Wen geht denn das was an? Sie will ja von keinem was haben! Aber er soll nicht hingerichtet werden! . . . Ins Zuchthaus, ja . . . ja! . . . Und er wäre schon immer krank gewesen; kopfkrank! Wenn die Mädchen so was machen, dann heißt es, sie sind verrückt, aber natürlich, so ein armer Mensch . . .“

Und sich immer mehr erzürmend, schrie sie wieder: „Kann ich denn dafür, daß er so geworden ist . . .? Wenn mir keiner hilft!“

Mar Ebenweiler würgte nachher gar nicht, wie er die Frau, die einst seine Geliebte gewesen, und die jetzt für ihren Sohn bat, der ein Mörder war, hinausgebracht hatte. Ohne von seiner Frau und von seiner Tochter Abschied zu nehmen, fuhr er aufs Gericht.

Die Beratung im Geschworenenzimmer hatte gar nicht lange gedauert. Die Stimmzahl für und gegen den Schuldspruch war gleich, so gab der Obmann, Herr Mar Ebenweiler, mit seiner Stimme den Ausschlag.

Sich mit dem Taschentuch die heißen Tropfen von der Stirne wischend, schritt er voran in den Gerichtssaal. Das Gericht trat ein. Der Obmann erhob sich:

„Ist der Angeklagte Fritz Richter des Nordes an der Trödlersfrau Auguste Stimming schuldig? — Nein.“  
Drüben auf der Anklagebank ließ sich ein Mensch, dem die schweißnaßigen Haare in die niedere Stirne fielen, der in der letzten äußersten Spannung mit seinen Fäusten den Tisch umklammert hielt, schwer auf die Bank fallen. Seine Augen suchten im Zuschauerraum. Da stand die Mutter! . . . Und in das harte, bewilderte Herz dieses Armeseligen kam ein Hauch von Liebe . . .